



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 58.

Donnerstag den 9. März

1848.

**Inland.**

Berlin, 8. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Kreis-Justizrath Wenkel zu Trebnitz, zum Oberlandesgerichts-Rath bei dem Oberlandesgerichte zu Glogau zu ernennen; und dem hiesigen Kaufmann und Tuchfabrikanten Emil Pratorius den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen. — Der bisherige Oberlandesgerichts-Assessor Hundt ist zum Justiz-Kommissarius bei dem Land- und Stadt-Gericht zu Olpe, so wie zum Notarius im Departement des königl. Oberlandesgerichts zu Aensberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Olpe, ernannt; und der Justiz-Kommissarius Beschorner zu Birnbaum zugleich zum Notarius im Departement des königl. Oberlandesgerichts zu Posen bestellt worden.

Dem Schornsteinfegermeister Grünner zu Rams-lau ist unter dem 29. Febr. 1848 ein Patent auf eine mit Sicherheitsklappen zum Schließen der Schornstein-Brände verbundene Vorrichtung zum Öffnen und Schließen der Klappen in den Schornsteinen auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Ang gekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 6. Division, v. Quadt und Hächtenbruck, von Torgau.

Berlin, 7. März. Man hört versichern, daß diejenigen in erster Instanz verurtheilten Polen, welche des Königs Gnade erbeten haben, diese zu erhalten im Besitze stehen; die zu Tode Verurtheilten sollen 6 Jahre Arrest unterworfen sein, die Uebrigen sofort entlassen werden, und die betheiligten Gymnasialen sollen versprechen, nicht vor zurückgelegtem vierundzwanzigsten Jahre in das Großherzogthum zurückzukehren. Wir geben diese freudige Sage wieder, wie sie hier von Mund zu Munde geht. — Die Intention unsers Königs soll dahin gehen, seinem Volke jede Erweiterung der Verfassung und der öffentlichen Zustände zu gewähren, die mit dem wahren Wohle der Nation vereinbar sind, und man sieht schon in Wäldern wichtigen Entschlüssen entgegen. — Heute und gestern ist hier ein kleiner Theil der Truppen in den Kasernen konfignirt. Man fürchtet gerade keine Ruhestörungen, aber man will in so gefahrrohender Epoche auf Zwischenfälle gefaßt sein. — Es finden hier Versammlungen statt, welche Petitionen beraten werden; zu einem eigentlichen Resultate soll es aber erst heute Abend kommen. — Man bemerkt heute, daß viele Generale im Schlosse anwesend waren.

Die Dessauer Bank hat, wie wir hören, die Veranlassung getroffen, ihre Banknoten durch die Herren Schrötter, Rekow und Comp. austauschen zu lassen, und es werde mit dieser Maßregel so lange fortgefahren werden, bis der gegenwärtige beunruhigende Zustand gänzlich beseitigt. (Berl. 3.-H.)

Königsberg, 3. März. In der heutigen öffentlichen Freitags-Versammlung der freievang. Gemeinde verkündete Dr. Dinter, daß die Vorstände der freievang. und freikathol. Gemeinde hieselbst in gemeinschaftlicher Beratung beschlossen hätten, den Magistrat und die Stadtverordneten Königsberg's, als die Vertreter der Bürgerschaft, in einem ausführlichen Schreiben zu bitten, sich für diese „von der Polizei hart bedrängten“ Gemeinden höheren Orts deswegen zu verwenden, daß ihnen die freie Ausübung ihres Cultus unbehindert gestattet werde. Nach dem, von dem Ordner Roggenbucke vorgelesenen Entwurf des betreffenden Schreibens „sei der polizeiliche Druck nachgerade unerträglich und es nöthig geworden, demselben nunmehr ein Ende zu machen.“ Die hierin angeführten Gründe, warum man sich dem Patente vom 30. März 1847 nicht unterwerfen könne, waren die bekannten, schon oft erwähnten. Sas Schreiben wurde von der Gemeinde angenommen, um von den Vor-

ständen der beiden freien Gemeinden unterschrieben, um dem Magistrat und den Stadtverordneten zur weiteren schleunigen Veranlassung überreicht zu werden. (3. f. Pr.)

Köln, 6. März. Se. königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen ist diesen Nachmittag in Köln eingetroffen. Bekanntlich ist Se. königl. Hoheit kommandirender General des 4. (sächsischen) Armeekorps. — Gestern hat auch hier eine Bürgerversammlung stattgefunden, die sich nach der Köln. Ztg. geeinigt hat, folgende Bitten an Se. Maj. den König zu stellen: 1) Errichtung einer Repräsentativ-Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister und entscheidendem Stimmrechte der Repräsentanten; allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staat. 2) Unbedingte Freiheit der Rede und der Presse. 3) Freies Vereinsrecht. 4) Verminderung und allmähliche Abschaffung des stehenden Heeres; Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung; Wahl der Führer durch das Volk. 5) Gleichheit vor dem Gesetze ohne Unterschied der Kulte. 6) Errichtung eines deutschen Parlaments. (Rhein. Beob.)

Nachen, 4. März. Abends 7 Uhr. Unser Gemeinderath hat in einer seit 3 Uhr verammlt gewesen außerordentlichen Sitzung beschloffen, an Se. Majestät den König eine Eingabe zu richten, worin im Wesentlichen um Gewährung folgender Punkte gebeten wird: 1) um vollständige Pressefreiheit; 2) um Zusammenberufung des vereinigten Landtages, welcher die Ausführung der dem Volke 1815 in Betreff einer Volks-Repräsentation gegebenen Zusicherungen mit dem Governement bewerkstelligen, insbesondere dafür sorgen soll, daß die Staatslasten möglichst vermindert, in einer zweckmäßigen gerechten Weise vertheilt und namentlich, so weit sie auf den unteren Volksklassen lasten, erleichtert werden, so wie ferner dafür, daß eine Vertretung des deutschen Volkes beim deutschen Bundestage herbeigeführt werde; 3) um Herstellung der gerichtlichen Institutionen der Rheinprovinz in ihrer ursprünglichen Reinheit. (Rhein. Beob.)

Münster, 2. März. Das ausschließliche Tagesgespräch bilden natürlich die neuesten Ereignisse in Frankreich. Alle Gemüther leben in ängstlicher Spannung, ob und wie lange die gegenwärtige Scheinbar so ruhige und friedliche Ordnung der Dinge Stand halten werde. Preußen, so hören wir zu unserer Freude, wird Alles zu vermeiden suchen, woraus die Franzosen eine Veranlassung zu Feindseligkeiten nehmen könnten. Rücken die Franzosen, was man jetzt bezweifeln muß, dennoch an den Rhein, dann muß freilich Preußen es auch, aber dann ist es bei den raschen Beförderungsmitteln noch immer früh genug, wenn dazu Alles vorbereitet ist. Würde Preußen dann angegriffen, so hätte es die Sympathie nicht nur von ganz Deutschland, sondern auch von den übrigen Großmächten für sich, und den Franzosen möchte es dann leicht wieder ergehen, wie im Jahre 1815. Dürfte man eher hier allgemein verbreiteten Prophezeiung Glauben schenken, so würde ein Krieg Frankreichs mit Deutschland unvermeidlich sein, ersteres aber in dem Kampfe unterliegen. Diese Prophezeiung lautet wörtlich: „Frankreich wird in den letzten Tagen des Jahres 1850 viel von seinem Nimbus verlieren, welchen ihm die deutsche Schädlichkeit seit Jahren verliehen hatte; Deutschland wird ihm ein Stein des Anstoßes werden, wie es sich wohl schwerlich dachte. Die in Algier erfochtenen Siege und Eroberungen werden durch die grassirenden Niederlagen in Deutschland sehr vermindert. Die Pairskammer wird eine zeitlang durch eine Kommission über einen jungen Prinzen die Vormundschaft übernehmen, sich aber dabei sehr unpopulär benehmen.“ Die republikanische Regierungsform würde demnach bald wieder über den Haufen gestossen werden. Diese Prophezeiung ist mehrere Monate vor der Revolution geschehen. — Schließlich will ich auf eine sehr wichtige Folge aufmerksam machen, welche die jetzige Umwälzung der Dinge in Frankreich, wenn sie Stand

hält, für ganz Europa, vielleicht für die Welt haben wird. Mit dem 1. März sollen in Paris Nationalwerkstätten errichtet werden. In diesen (einer Lieblingsidee von Louis Blanc) erhalten die Arbeiter einen Antheil an erzieltem Gewinn. Soll die Privatindustrie in Frankreich nicht gänzlich aufhören, so müssen die Fabrikherren dasselbe Prinzip in ihren Fabriken einführen. Ist dies erst in einem so großen Staate, wie Frankreich, der Fall, so werden die übrigen, zuerst wohl England, bald nachfolgen. Ein einsichtsvoller jüdischer Kaufmann versicherte mir, daß dies eine wesentliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse herbeiführende Prinzip, allgemein eingeführt, den Fabrikherren keinen Nachtheil, sondern Gewinn bringen würde. Diese Folge der französischen Revolution könnte man demnach, da sie eine soziale Revolution überall unmöglich machen würde, gewiß nicht beklagen.

Koblenz, 4. März. Die Befehle zur Mobilmachung des 8ten Armeekorps sind nunmehr ertheilt und vorerst erhalten Infanterie, Kavalerie, Pionniere u. s. w. Kriegsstärke, während von der 8ten Artillerie-Brigade nur 3 Batterien und die Festungs-Compagnien auf Kriegsfuß kommen. Mit Anfang nächster Woche treten bereits die Kriegs-Reserven hier ein und heute Mittag gehen 2 reitende Geschütze von hier nach Trier ab, wodurch die dortige 2te reitende Batterie Kriegsstärke erhält. Nach Köln und Westf. wurden heute hier eine Anzahl Geschütze per Dampfschiff verladen. Außerdem ist hinsichtlich der Dislokation der Truppen schon Folgendes bekannt. Die 8te Jäger-Abtheilung wird von Wölgar nach Neuwid und Andernach vorgeschoben. Das 29ste Infanterie-Regiment bleibt mit Kriegsstärke hier, inzwischen sind 2 Compagnien desselben eine Stunde weit von hier in westlicher Richtung vorgeschoben. Die Füsiliers des 25ten Regiments gehen am künftigen Mittwoch mit einem besondern Dampfboote von hier nach Köln ab, und sollen Jülich als Standort erhalten, wo hingegen die Füsiliers des 25ten Regiments von hier nach Nachen verlegt werden und das 34ste Regiment von letzterem Orte nach Köln marschiren soll. (Düsseld. Ztg.)

**Deutschland.**

Dresden, 6. März. Hr. v. Falkenstein, Minister des Innern, hat seine Dimission eingereicht, der König hat diese anfangs verweigert, dann aber angenommen, nachdem Herr v. Falkenstein darauf bestanden, „indem er nicht die Veranlassung oder den Vorwand abgeben wolle zu irgend fernerneten unangenehmen Demonstrationen oder möglichen Unordnungen.“ — Se. Majestät der König haben den Appellationsgerichts-Vizepräsidenten Dr. Schinsky provisorisch mit der Leitung des Ministeriums des Innern zu beauftragen geruht. (Leipz. 3.)

Leipzig, 6. März. In Crimmitschau haben am 4. März über 200 Bürger eine Adresse an den König unterschrieben, worin, sie Pressefreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, freies Versammlungsrecht, allgemeines Stimmrecht, Einkammersystem, deutsches Parlament und Entlassung der Minister fordern. Der Stadtrath wird diesen Forderungen beitreten. In Werdau, Glauchau und Borna versammelten sich am 5. März die Gemeindevertreter, um ähnliche Schritte zu thun. Von Chemnitz ist eine ähnliche Adresse an den König abgegangen, jedoch nur vom Stadtrath, nicht von den Stadtverordneten mit unterschrieben. (D. A. 3.)

München, 4. März. Die Adresse an Se. Maj. den König (s. gest. Bresl. Ztg.) wird nun von dem Münch. Kort. wörtlich mitgetheilt. In wenigen Stunden, von 10 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags, zählte die Adresse an 5000 \*) Unterschriften. Die Namen vieler Reichsräthe und der angesehensten Bürger der Stadt stehen oben an. Eine Deputation, aus \*) Nach der Allg. Ztg. 10,000, nach der Münch. pol. Ztg. 14,000. (P)

Magistratsmitgliedern und Bürgern bestehend, Bürgermeister v. Steindorf an der Spitze, begaben sich Nachmittags 4 Uhr in die k. Residenz und übergaben dieselbe Sr. Maj. dem Könige. Der Monarch empfing die Deputation sehr gnädig und nahm die Adresse freundlichst entgegen. Se. Majestät berief sofort den Ministerrath, dessen Sitzung von 5—7 Uhr Abends dauerte. Noch am Abende erhielt der Magistrat eine k. Entschliessung folgenden Inhalts:

„Ludwig, von Gottes Gnaden König von Baiern etc. In Erwägung, daß die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten durch die damalige Anwendung des Tit. I. Lit. c. der X. Verfassungs-Beilage eine von den ursprünglichen Wünschen der Wähler wesentlich abweichende Zusammensetzung erhalten hat, und in der Absicht, Unserem Lande einen neuen Beweis Unserer landesväterlichen Gesinnungen zu geben, verordnen Wir hiermit auf den Grund des Tit. VII. § 23 der Verfassungs-Urkunde, was folgt: Art. I. Die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten ist aufgelöst. Art. II. Die neuen Wahlen, nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Mai 1846 über die Anwendung des genannten Tit. I. § 44 Lit. c. der X. Verfassungs-Beilage, haben sogleich stattzufinden. Art. III. Die Kammer der Reichsräthe und die Kammer der Abgeordneten sind auf den 31. Mai d. J. zusammenberufen, damit Wir mit den freigeählten Vertretern Unseres treuen Volkes dessen verfassungsgemäße Wünsche in herliche Kundgebung nehmen können. München, 3. März 1848. Ludwig, Fürst von Dettingen-Wallerstein, Staatsrath; v. Beißler, Staatsrath; v. Heres, Staatsrath; von der Mark, Generalmajor; v. Wolf, Staatsrath.“

Auch erschien Fürst Wallerstein auf dem Rathhause, der Wachstube der Landwehr, und theilte die allerhöchste Entschliessung mit. — Gestern Abend wurde die Ruhe nicht gestört, obwohl bei einem Gewerksfabrikanten eingebrochen und viele Schußwaffen entwendet wurden. Es waren umfassende Maßregeln getroffen, und namentlich war die Landwehr zahlreich erschienen, von der einige Compagnien an der k. Residenz aufgestellt waren.

Der Magistrat ließ die allerhöchste k. Entschliessung über die Auflösung der Abgeordneten-Kammer etc. heute Vormittag durch Anschlag an den Straßenecken öffentlich bekannt machen. Es hat dieselbe einen großen Theil der Bevölkerung nicht zufriedengestellt. Während sich Morgens 9 Uhr eine Bürger-Deputation zu den Ministerverwesern begab, versammelten sich um 10 Uhr wieder einige hundert Personen auf dem Rathhause. Hier wurden nun die selbstsamsten Wünsche laut; man gelangte aber zu keinem Resultate, da man erst die Zurückkunft der Deputation erwarten wollte. Um 1 Uhr Nachmittags wird daher die Versammlung wieder beginnen. Am meisten Unzufriedenheit erregt, daß die Stände erst am 31. Mai, und nicht die bisherigen Kammern sogleich einberufen wurden; denn, sagte man, die Regierung wolle nur Zeit gewinnen. Viele meinten auch, der König hätte die Wünsche, welche in der Adresse enthalten sind, sogleich genehmigen sollen; leider, daß Manche von den Bestimmungen unserer Verfassung nicht so viel Kenntniß haben, um zu wissen, daß viele der verlangten Verfügungen nicht von der Krone einseitig erlassen werden können. Indessen ist nicht zu leugnen, daß bis zum 31. Mai viel Zeit verloren geht, in einer Zeit, wo Alles so drängt, und es hätte wohl, wenn man die bisherige Kammer nicht mehr berufen wollte, das Wahlgeschäft der neuen, trotz des langsamen Geschäftsganges der Behörden, so beschleunigt werden können, daß die Stände in längstens 5—6 Wochen hätten zusammentreten können. (N. K.)

**Augsburg, 4. März.** Das hiesige Chevaulegers-Regiment „König“ ist heute in Bereitschaft gehalten, um, im Falle dessen Verordner nach München notwendig werden sollte, sogleich auf der Eisenbahn dahin befördert werden zu können. — Auch in Augsburg und Regensburg werden Adressen nach dem Muster der Nürnberger vorbereitet. (N. K.)

**Stuttgart, 3. März.** Se. Majestät der König hat befohlen, daß das nachstehende Manifest vom 2ten März den Gemeindefürsten und Bürger-Ausschüssen und durch diese, so wie durch Verkündigung in den Kirchen, den Bürgern eröffnet werde:

„Wirtemberg! Die großen Weltbegebenheiten, deren Wirftungen für unser Land, so wie für unser großes gemeinschaftliches Vaterland, noch nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgerufen. In diesem entscheidenden Augenblicke spricht euer König zu Seinem treuen Volke. Bewährt auch jetzt wieder euren echt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen in die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen eure Regierung und Verfassung, die eure Rechte und Eigentum beschützt; Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und notwendigste Pflicht. Reichen wir unsern deutschen Brüdern die Hand! wo unserm Vaterlande Gefahr droht, werdet ihr Mich an eurer Spitze sehen. Segen unserm Vaterlande, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!“ (Schw. M.)

**Karlsruhe, 3. März.** Die Karlsruher Zeitung theilt eine Adresse der zweiten Kammer an Se. königl. Hoheit den Großherzog mit, welche von zwölf Punkten begleitet war, um deren Erfüllung die Kammer den

Großherzog bittet. Sr. königl. Hoheit der Großherzog ertheilte der Deputation der zweiten Kammer, welche die Adresse überreichte, folgende Antworten:

1. Auf die Adresse.  
„Ich empfangen mit aufrichtigem Danke den Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit der zweiten Kammer; Ich theile mit der zweiten Kammer die Ueberzeugung, daß Mein Volk, dem Ich von jeder Meiner vollen Liebe schenke, und dessen Wohl ich stets nach Kräften zu befördern suche, auch in der gegenwärtigen erregten Zeit seinen alten Sinn für Ordnung und für Geseßesherrschaft bewahre. Ich werde die den Ständen zugesagten Vorlagen in einer jede billige Forderung befriedigenden Weise bearbeiten lassen und bei der mit den Ständen zu pflegenden Berathung derselben ihre Wünsche gebührend berücksichtigen.“

2. Auf die von dem Präsidenten vorgetragene Wünsche der Kammer.

„Die wichtigen und zeitgemäßen Wünsche, welche die zweite Kammer in ihr Protokoll niederteilte und die der Herr Präsident so eben vorzutragen werde Ich mit dem Staatsministerium berathen. Der Chef des Ministeriums des Innern wird dem Herrn Präsidenten der Kammer darüber alsbald eine nähere befriedigende Mittheilung machen.“

Der Protokollauszug nämlich, welchen der Präsident dem Großherzog überreichte und auf welchen der Großherzog so eben geantwortet, ist folgender: Auf den Bericht des Abg. Welcker im Namen der Kommission über die von mehreren Abgg. gestellten Anträge beschließt die Kammer theils einstimmig, theils mit allen Stimmen gegen zwei, die großherzogl. Regierung zu eruchen, sie möge erklären: daß sie sofort die provisorischen Ausnahmestände, als die Karlsruh. Beschlüsse v. 20. Sept. 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. Nov. 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte; 2) daß ungeachtet gleiche Beerdigung sämmtlicher Staatsbürger, mit Einschluß des Militärs, auf die Verfassung angeordnet werde; 3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer bestimmten Konfession angehört, aufgehoben, beziehungsweise den Ständen ein Gesekentwurf darüber vorgelegt werde; 4) daß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geschworenen entscheide, vorgelegt werde; 5) daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums zur Anstellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich sei; 6) daß die großherzogl. Regierung die Zuficherung ertheile, daß sie in nächster Wälde die Reste des Feudalwesens, insbesondere das Jagdregal, die Bütgereinkaufsgelder, sowie die Abzugssteuer der Stände- und Grundherrn beseitigen werde; 7) daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindefasten, für Pflege der Gewerksamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden; 8) daß die privilegierten Gerichtsstände aufgehoben werden; 9) daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Theilnahme der Bürger an derselben, eingeführt werde; 10) daß die Regierung dringend darauf hinzuwirken möge, daß bei der Bundesversammlung eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet werde; 11) daß eine unabhängige Stellung der Richter nach den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen gesichert werde; 12) daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesversammlung nur mit Männern besetzt werde, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen. — Nachschrift. Der Min.-Präf. Bock hat unterm 4. an den zweiten Präsid. der Kammer ein Schreiben erlassen, in welchem er die 12 Anträge der Kammer dahin beantwortet, daß Nr. 1 gewährt werde; Nr. 2 durch die Eidesformel des Militärs vom 17. Sept. 1841 theils bereits erfüllt, theils durch weitere Anordnungen weiter erfüllt werden soll; in Bezug auf Nr. 3, 4, 5, 6, 8, 9, 11 die entsprechenden Gesekentwürfe demnächst vorgelegt werden sollen. Was Nr. 7 betrifft, so ist die Regierung zu allen Anordnungen im Sinne des gestellten Antrags bereit. Nr. 10 hat die volle Bestimmung der Regierung, und sie wird deshalb die geeigneten Schritte bei den andern Bundesmächten thun. Mit Nr. 12 endlich ist die Regierung gleichfalls einverstanden. (D. 3.)

**Frankfurt, 5. März.** Ein Extrablatt der D. N. A. Z. enthält eine Bekanntmachung, welche folgende Punkte enthält: 1) Die Presse ist frei. Die Censur darf nie wieder eingeführt werden. — 2) Vergehen oder Verbrechen durch die Presse verübt, werden nach dem bestehenden Rechte geahndet. — 3) Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redakteurs versehen werden.

Der Senat hat am 5. März eine Bekanntmachung an die Bürger und Einwohner Frankfurts erlassen, deren Eingang folgendes enthält: „Der Senat, den Ansprüchen des deutschen National-Lebens freudig entgegenkommend, hat bereits am gestrigen Tage, ein die Presse freigegebendes Gesetz zur verfassungsmäßigen Sanction der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt und das von derselben genehmigte Gesetz sofort publizirt. Durch Rathschluß vom heutigen ist die von vielen Bürgern gewünschte Amnestie früherer politischer Vergehungen ausgesprochen worden. Andere der ge-

wünschten Maßregeln werden, sobald die dazu nöthigsten Vorarbeiten vollendet sein werden, baldigst nachfolgen.“ (Der Schluß betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.)

Gestern Abend war eine sehr gefahrdrohende Bewegung durch den von Fremden unterstützten Pöbel entstanden. Der Römer wurde erstickt, und nur mit unendlicher Anstrengung der Militärkräfte gelang es, ihn von den Aufstürzern frei zu machen. Viele Verhaftungen fanden statt, auch stoll ein junger Mann, der einen Posten angriff, erschossen worden sein. Heute werden Kanonen aufgeführt, und Alles steht unter den Waffen. Die Bürger sind über den Aufruhr entsetzt. (Allg. Pr. 3.)

**Darmstadt, 4. März.** Die heutige Sitzung der zweiten Kammer war sehr lebhaft. Der Präsident Hesse eröffnete sie durch Mittheilung eines Schreibens des Staats-Ministers an ihn mit folgendem Inhalt:

„Euer etc. etc. hatte ich gestern die Ehre zu sagen, daß die Entschliessungen Sr. königl. Hoheit des Großherzogs über die Punkte, von welchen Sie sprachen, bereits mitgetheilt seien in einzelnen Antwortschreiben an die Herren Ausschuss-Mitglieder, welche über gewisse in der Kammer gestellte Anträge Aufklärung von der Regierung erbitten hätten. — Von jenen Schreiben habe ich heute Abends Ihnen Ihre persönlichen Notiz fertigen lassen, um Sie Ihrem Wunsch gemäß in den Stand zu setzen, auch der Kammer jetzt Mittheilung von dem wesentlichen Inhalte machen zu können. — Sie werden aus demselben entnehmen: 1) daß Se. königl. Hoheit der Großherzog die schleunige Ausarbeitung und Vorlage eines Pressekgesetzes auf die Grundlage der bermalen im Großherzogthum Baden bestehenden Pressekgesetzgebung ansehe; und 2) die Errichtung von Bürgergarden in Städten, nach einem alsbald vorzulegenden Gesekentwurf genehmigt haben; — so wie 3) daß dem Straf-Prozess die Institutionen des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, der Staats-Anwaltschaft, des Anklage-Prozesses und des Geschworenengerichts zu Grunde gelegt werden sollen. — Mit vollkommener Hochachtung habe ich die Ehre zu sein — Euer etc. — Darmstadt, den 4. März 1848. du Thil.“

Die ganze Versammlung erhob sich von ihren Sitzen und bejahte durch lauten Ruf und durch ein dem Großherzog ausgedrücktes „Lebehoch“, in welches die dicht gedrängten Zuhörer auf den Gallerien einstimmten, ihren lebhaften Dank für diese Zusagen. — Abgeordneter Neh befragte eine Dankadresse an Seine königl. Hoh., welchem beigestimmt wird. — Abgeordneter Brandt erkennt zwar das Bewilligte auch an, wünscht aber mehr und größere Garantien. Er bezieht sich auf eine Adresse vieler Einwohner von Darmstadt vom 2. März an die landbäuerlichen Abgeordneten der Stadt, worin folgende Wünsche ausgesprochen werden: 1) Vollständige Pressefreiheit; 2) Öffentlichkeit und Mündlichkeit im gerichtlichen Verfahren und Schwurgerichte im Strafverfahren; 3) Volksbewaffnung; 4) Versammlungs- und Wittrecht in öffentlichen Angelegenheiten; 5) Beerdigung des Militärs auf die Verfassung; 6) Freiheit der Gewissen, Freiheit und politische Gleichstellung der Religionen und des Kultus; 7) Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände; 8) Aenderung des politischen Systems im Großherzogthum Hessen; 9) Umgestaltung des deutschen Bundes auf den Grundsatz der Vertretung des Volkes bei demselben; 10) Revision der Verfassungs-Urkunde, der organischen Gesetze und der Geseßgebung überhaupt, auf der Grundlage der revidirten Verfassung. Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion darüber, die bis zum Schluß der Sitzung 4 Uhr Nachmittags dauerte. (Großh. Hess. 3.)

Ein Extra-Blatt der großh. Hess. Ztg. vom 5. März veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Stadtvorstandes von Darmstadt: „An unsere Mitbürger! Der Stadtvorstand beilich, seinen Mitbürgern die freudige Kunde zu geben, daß er so eben eine erbetene Audienz bei unserem geliebten Erb-Großherzog gehabt hat. Se. königliche Heheit haben unsere Empfehlung der Wünsche der hiesigen Bürger freundlich aufgenommen und thunlichst zu berücksichtigen zugesagt. — Erwarten wir mit Ruhe und voller Zuversicht befriedigende Ergebnisse in alternativer Zeit! — Darmstadt, 5. März 1848. Vormittags gegen 11 Uhr.“

**Braunschweig, 5. März.** Am 3. d. Abends trat eine Bürgerversammlung zur Berathung von Reformen im Sinne der bekannten bairischen Anträge zusammen. Gestern verständigte man sich in wiederholten Versammlungen über eine Petition und die Art der Ueberreichung derselben an Se. Hoheit unseren Herzog. Eine Deputation, welche aus dem Magistrats-Direktor Dr. Bode, zwei Stadtverordneten und drei Bürgern bestand, übernahm nun heute Mittags 1 Uhr die Ueberreichung des nachstehenden Gesuchs vieler Staatsbürger des Herzogthums Braunschweig um zeitgemäße Reformen:

„Alerdurchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herzog und Herr! Als im Jahre 1830 die von Paris ausgehende Bewegung auch viele Theile unseres deutschen Vaterlandes ergriff und ein regerer Geist Volk und Regierung hob und in selber nicht gekannter Harmonie zum Fortschreiten auf konstitutioneller Bahn vereinte, da forderten in allen deutschen Gauen mächtige Stimmen die Garantien, die einem konstitutionellen Staate nicht fehlen dürfen, wenn er nicht nur in geistlosen Formen seine Existenz suchen und finden will. Allein diese Stimmen mußten verhallen; eine vom Bundestage ausgehende retrograde Bewegung hinderte nicht nur den Ausbau der kaum in's Leben gerufenen Konstitution, sie nahm

dem Volke sogar wieder Rechte, die ihm eben erst gewährt waren. Statt Beispiele seien hier nur die Wiener Beschlüsse angeführt. Die Früchte dieser retrograden Bewegung waren Mißtrauen der Regierten gegen die Regierungen und begrifflicher Weise dieser gegen jene. — Wie im Jahre 1830, so ist auch jetzt wieder in Paris eine Regierung gefallen, die dem Volke seine verfassungsmäßigen Rechte mit Kanonen zu interpretieren sich bestrebt; wie im Jahre 1830, hat die Begeisterung des besetzten Frankreichs das in vielen Theilen noch hart gedrückte Deutschland mächtig ergreifen, und in Baden, Plessen-Darmstadt und Sachsen haben die Völker ihre gerechten Forderungen mit Vertrauen, aber auch mit dem vollsten Bewußtsein ihres guten Rechts vor dem Thron ihrer Fürsten gebracht, und während wir vor Ew. Hoheit unsere Hoffnungen aussprechen, werden auch andere deutsche Völkerschaften diesem heiligen Streben sich angeschlossen haben. Daß diese friedliche Bewegung einem tiefen Bedürfnisse entsprossen, hat zur Genüge die hohe Bundesversammlung bewiesen, indem sie selbst in ihrer Proklamation an das deutsche Volk am 1. d. M. erklärt:

Deutschland werde und müsse auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebühre, daß dies nach dreißigjährigem Frieden noch geschehen muß und soll, daß es noch nicht zur That geworden, rechtfertigt ein nachdrücklicheres Auftreten der Deutschen. — Wollen wir nun auf das, was uns vor Allem Noth thut — denn Alles zu erwähnen, was wir der Ehre unseres Fürsten, der Ehre der Nation wegen hoffen und wünschen, ist in diesem Momente rein unmöglich — so stellt sich 1) die umfassendste Volksbewaffnung dar. Es ist der Wunsch der Bürger, und muß es bei der Idee der stehenden Heere, eine von dem Bürgerthume abgetrennte Klasse zu bilden, es muß, sagen wir, der Wunsch der Bürger sein, für die Erhaltung der inneren Ruhe mit eigener Hand Sorge zu tragen. Der inneren Bewegung gegenüber kann nur die Bewaffnung der Staatsbürger von Wirkung sein; diese allein verstehen es, nicht nur mit Energie, denn es gilt ihrer und ihrer Familien Wohl, sondern auch mit der notwendigen Humanität einzuschreiten. Kaum dürfen wir wohl den Einwand fürchten, es sei ja zur Zeit nicht möglich, eine Volksbewaffnung vorzunehmen, wenn es nötig wird, — das lehrt uns das Jahr 1830 — dann ist es zu spät. Es dürfen 2) die Regierten endlich wohl verlangen, Einsicht in den Staatsorganismus, der doch nur ihrerwegen geschaffen, zu erhalten; es muß das Bedürfnis der Staatsgewalt geworden sein, sich das durch diese Einsicht allein zu begründende Vertrauen der Staatsbürger zu erwerben, das sie, so lange noch Heimlichkeit in irgend einem Zweige der Verwaltung herrschen darf, nie finden werden. Wir müssen deshalb Oeffentlichkeit der Ständeversammlung, Oeffentlichkeit der Stabsverordnungen und Magistratsfunktionen, Oeffentlichkeit der Gerichte als Garantien für das Staatswohl betrachten. — Kaum dürfen wir wohl erwähnen, daß Oeffentlichkeit des Strafverfahrens und Schwur-Gerichte zwei nicht zu trennende Begriffe sind, die getrennt eben ein halbes bleiben und des zu erwünschenden Erfolges, Rechts-Sicherheit des Einzelnen wie der Gesamtheit, entbehren müssen. — Wie das Volk durch Oeffentlichkeit mit dem Staatsorganismus bekannt werden muß, so sollen die Staats-Gewalten durch das freie Wort in Rede und Schrift mit der innersten Gesinnung des Volkes vertraut werden. — Ew. Hoheit dürfen überzeugt sein, es liegt ein reicher Schatz noch tief verborgen in dem Herzen Ihres Volkes, öffnen Sie dies Herz, geben Sie 3) Pressefreiheit, geben Sie Freiheit der Gedanken, wie Sie, einer der Ersten unter den deutschen Fürsten, der religiösen Ueberzeugung Raum gegeben und sich dadurch für ewige Zeiten die Liebe Ihres Volkes erworben haben. — Ein allgemeiner Ruf aller deutschen Länder, die durch den Druck der vergangenen Zeiten nicht zu tief herabgestimmt sind, ist 4) der nach einer Vertretung nicht wie bisher lediglich der Fürsten, sondern auch der Völker im deutschen Bunde. — Wie kann ein deutsches Land mit Zuversicht und Vertrauen auf seine Verfassung blicken, wenn es stets fürchten muß, die Verfassung erleide Beschränkungen durch eine über den Bundesstaaten stehende Behörde, die, seien wir offen, den Völkern von jeher unzugänglich gewesen ist. — Möchten Ew. Hoheit Sich mit den übrigen deutschen Fürsten verbinden, um eine Volksvertretung bei dem deutschen Bunde anzubahnen! — Haben wir Ew. Hoheit so die geistigen Güter genannt, die wir durch Höchste zu erlangen hoffen, so müssen wir nun noch Ew. Hoheit Augen auf eine materielle Seite zu richten uns erlauben, auf den eifrigst abnehmenden Wohlstand unserer Stadt. Wir können uns nicht verhehlen, der Grund hiervon liegt in dem Umstände, daß wir, an der Gemerkung des Zollvereins liegend, neben uns deutsche Länder haben, auf deren Verbindung mit uns wir hingewiesen sind, die aber durch die Zoll-Barricaden von uns getrennt bleiben. Wir dürfen mit Zuversicht hoffen, Ew. Hoheit werden 5) bei der nächsten Zoll-Konferenz dahin wirken lassen, daß das ganze Deutschland auch in merkantillischer Beziehung ein einiges werde, und daß zu diesem Zwecke die etwa nötigen Abänderungen in den betreffenden Zoll-Verträgen vorgenommen werden. — Wenn hier nun die Bewohner der Stadt Traunschweig ihre Wünsche vor dem Throne niederlegen, so ist zu hoffen, daß auch bald die anderen Theile des Landes gehört werden; es giebt hierzu zwei Mittel, Ew. Hoheit werden diese beiden Mittel in Ihrer hohen Weisheit ergreifen, es sind dies 6) Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages als des verfassungsmäßigen Organes des gesammten Volkes und 7) sofortige provisorische Aufhebung der mit den Bundes-Gesetzen selbst im Widerspruch stehenden Censur, damit Ew. Hoheit, die bisher die Stimme Ihres Volkes nicht hören konnten, er-

fahren, was es wolle und welche Garantien es biete in seiner Treue für Fürst und Verfassung. — Dies sind die Wünsche eines Theiles Ihres getreuen Volkes, wir dürfen die Zuversicht hegen, es werde das gesammte Volk sie als die seinigen anerkennen. — Ew. Hoheit, die Höchste das eigene Glück in dem Glücke Ihres Volkes finden werden, werden die Bitte erhören, Ew. Hoheit wollen in nächster Zukunft die geeigneten Mittel zur Erlangung der Regierung wie dem Volke gleich notwendigen, Glück verheißenden Güter gnädigst ergründen. — Ew. Hoheit

(folgen die Unterschriften.)

Dieses Gesuch war noch von einer Petition des Magistrats, welche im Wesentlichen mit jenem übereinstimmt, begleitet. E. Hoheit unser Herzog hat die Deputation mit der bekannten, ihm eigenen Herzengüte empfangen und sie in der Weise entlassen, daß jeder Verhängende sich besriedigt fühlen und seine Anhänglichkeit an seinen angekränkelten Regenten gestärkt sehen muß.

**Kiel, 5. März.** Von Kopenhagen erfährt man, daß eine Wiedervereinigung des Königs mit seiner von ihm geschiedenen zweiten Gemahlin im Werke ist, so wie, daß diese einer solchen, unter den jetzigen Umständen, nicht abgeneigt sein soll. Auch spricht man von einem Beschluß der Regierung, nicht Eine gemeinschaftliche Verfassung für das Königreich und die Herzogthümer zu geben, sondern drei verschiedene, für Dänemark, für Schleswig und für Holstein. Lauenburg geht wieder leer aus. (Hamb. Börsen.)

**Österreich.**

**\* Wien, 6. März.** Der Landtag im Königreiche Böhmen wird Donnerstag den 10. eröffnet, und die Stände-Versammlung der Nieder-Österreichischen Stände, welche diesmal den zum Staatsminister ernannten Grafen Montecuculi an der Spitze hat, und welcher später dem Erzherrzoge Victor-Joseph Rainer als Staatsminister an die Seite gegeben wird, findet am 22. statt. Die neuesten Nachrichten aus der Lombardei bis 3. d. melden, daß dort die Ruhe nirgends gestört wurde.

**Prag, 3. März.** Gestern haben 20 Ständemitglieder, die durch Gesinnung, Hefigkeit und Stellung zu den angesehensten der ganzen Corporations gehören, folgende Eingabe an den Landesauschuß gerichtet: „Hochlöblicher ständischer Landes-Auschuß! Die gefertigten Landstände erachten es bei der gegenwärtigen Zeitlage für unumgänglich notwendig, daß den Ständen Böhmens Gelegenheit gegeben werde, in legaler Form dem allerhöchsten Throne gegenüber ihre loyalen und treuen Gesinnungen auszusprechen und die Verschärfung niederzulegen, wie sehr es ihnen Bedürfnis ist, in dem jetzigen ersten Zeitpunkte sich fest um den Thron zu scharen, jedes Opfer zu bringen, welches das Wohl der Dynastie und der gesammten Monarchie fördern sollte, und auch zu jeder, dem Nutzen und Frommen des Vaterlandes entsprechenden Erweiterung der ständischen Landes-Repräsentation freudig und bereitwillig die Hand zu bieten. — Auf Grundlage dieser Ueberzeugung legen die Fertigtigen dem hochlöblichen Landes-Auschuß hiermit die Bitte vor, die möglichst schleunigste Ausschreibung einer ständischen Versammlung in geeignetem Wege in Anregung zu bringen. (Folgen die Unterschriften.) Prag, am 2. März 1848.“

(Ulg. Pr. 3.)

**Frankreich.**

**\* \* Paris, 3. März.** Der soeben erschienene Moniteur bringt das Dekret, das das franz. Volk zu den Generalwahlen zusammeneruft, noch nicht. Gutunterrichtete wollen wissen, es werde dasselbe spätestens morgen Mittag erscheinen. Dagegen enthält der Moniteur viel anderes Interessantes, das wohl die Aufmerksamkeit des Auslandes in hohem Grade verdient. Es sind dies vorzüglich die Verhandlungen im Luxemburg, der ehemaligen Pairskammer, die sich in folgenden Satz zusammenfassen lassen: Association der Arbeit und des Kapitals. Vertheilung des Gewinnes der Assoziirten unter einander. — Künftig sind bei jeder industriellen Unternehmung aller Arbeiter z. B. Handlanger, Handwerker, Gesellen, Untermeister, Angestellte, Aufseher, Ingenieure, Mechaniker, Direktoren, Geranten u. s. w., mit den Kapitalvorbesitzern (Aktionärs) als assoziiert zu betrachten. Die Einen geben die Arbeit, die Anderen die Mäße (das Kapital) als Einlage. Der nach Zahlung der Löhne und Deckung der Kapitalkosten und Amortisations-Beträge übrig bleibende Gewinn (bénéfice) ist unter Alle, je nach Maßgabe ihres Taglohns oder ihres Kapital-Einflusses (dividende), zu vertheilen. — Von der Theorie schreitet man rüstig zur Praxis. Hier das erste Beispiel: „Die Aktiengesellschaft der Nordbahn hat in einer Versammlung beschlossen: die Arbeiter der Bahn am Gewinne derselben theilnehmen zu lassen. Die Vertheilung der Gesamt-Einnahmen geschieht auf folgende Weise: 1. Kapitel. Bezahlung der Tagelöhne und Gehälter. 2. Kapitel. Tilgung der Kapitals-Interessen und Beiträge zum Amortisationsfonds. 3. Kapitel. Reparation des Gewinnes nach Maßgabe des Geldkapitals und Arbeitskapitals, welches letzteres durch die Höhe des Arbeitslohns bestimmt wird.“ — **Blonde Rodrigues**, früher ein Stock-

Conservativer, heißt der Mann, der der Nordbahn-Kompagnie obigen sozialistischen Antrag zuerst stellte. Kein Zweifel, daß die anderen Eisenbahn-Kompagnien Frankreichs diesem Beispiele folgen werden, obgleich wir auch von ihm noch keine Lösung des sozialen Problems hoffen. — Alle Güter, die dem Erbprinzen Louis Philipp und seiner zahlreichen, überreichen Familie gehörten, sind mit Sequester belegt. — Morgen (4. März) Mittags findet die Beerdigungsfeier der in der Revolution Gefallenen mit großem Pomp statt. (S. Paris, 4. März.) Das diesfällige Programm füllt im Moniteur eine ganz Spalte. Der Zug wird sich über die Boulevards von der Magdalena-Kirche zur Julisäule (Bastillenplatz), wo sie beigesetzt werden, in Bewegung setzen. — Das sozialistische Parlament im Schloß Luxemburg hält fleißig Sitzungen. (Siehe Sitzungen vom 1. und 2. März.)

**\* (Erste Sitzung vom 1. März.)** 150 bis 200 Arbeiter, Abgeordnete der verschiedenen Gewerke, nahmen um 9 Uhr Morgens auf den Sizen Platz, die kaum zehn Tage früher noch von den Pairs von Frankreich eingenommen waren. Louis Blanc, Mitglied der provisorischen Regierung und Präsident der Arbeiter-Staats-Kommission, hatte den Sitz des ehemaligen Herzogs Pasquier inne; Albert, sein Kollege in der prov. Regierung und Vicepräsident der Versammlung, saß neben ihm am Büreauische. Louis Blanc eröffnete die Sitzung mit einer feierlichen Anrede. Er zeichnete darin die Neuheit und Größe des gegenwärtigen Schauplatzes. Zum ersten Male in der Geschichte sahen sich Arbeiter zusammengerufen, um im Verein mit der Regierung das große Problem ihres Schicksals zu lösen, und zwar in demselben Saale, in dem einst die Aristokratie des Landes Gesetze gegen die Emanzipation des Proletariats schmiedete (Veisfall). Zweck der Kommission sei, alle den Arbeiter betreffenden Fragen zu prüfen und das Ergebnis in einen Gesetzentwurf zusammenzufassen, der der Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Provisoriell soll aber auch jede Klage des Arbeiters gehört und ihr so rasch als möglich abgeholfen werden. — Nach dieser Anrede befielen mehrere Arbeiter den Redestuhl, um die Wünsche ihrer Gewerke vorzutragen. Unter diesen Wünschen traten besonders zwei hervor, deren sofortige Abschaffung dringend. Diese beiden Wünsche sind: 1) Verkürzung der Arbeitsstunden, 2) Abschaffung der Marchandage oder sogenannter Tacherons, d. h. derjenigen Zwischen-Unternehmer, welche die Arbeiter am unarmherzigsten ausbeuten, indem nur sie mit dem Besteller einer Arbeit direkt abschließen und dann, um recht viel zu gewinnen, den Lohn so tief als irgend denkbar herabdrücken. — Nach Beseitigung dieser Wünsche schritt die Versammlung zur Bildung eines Ausschusses, der sie im Schooße der Staatskommission vertreten sollte. Präsident Blanc erlaubte sich die Bemerkung, daß dieser Ausschuß möglichst klein sei, indem sonst der Marsch der Kommission durch zu ausgedehnte Diskussionen gehemmt würde. Er schlug darum nur drei Vertreter jedes Gewerks vor, von denen der Eine an den Arbeiter der Kommission selbst Theil nehme; die beiden Andern aber die vorliegenden Fragen jedes Mal aus dem Schooße der Kommission in das Gewerke tragen, um dort erläutert und eventuell vervollständigt zu werden. Außerdem würden noch diejenigen Personen in den Schooße der Kommission gerufen und betrahen werden, die durch ihre soziale Stellung einen nützlichen Rath geben können. — Aber in dem Augenblick, wo die Wahl des delegirten Ausschusses vor sich gehen sollte, näherten sich zahlreiche Gruppen dem Sitzungssaale; es erscholl der Ruf, daß viele Gewerke gar nicht vertreten seien und daß die Gesammtheit der pariser Arbeiter die Gültigkeit der heutigen Verhandlungen nicht anerkenne. Ein großer Theil der Anwesenden habe sich die Vollmacht angemacht u. s. w. Präsi. Blanc beschwichtigte den heranziehenden Sturm nur dadurch, daß er eine allgemeine Zusammenberufung aller Gewerke versprach, und bat die Anwesenden sich in Ordnung zurückzuziehen. Allein die Arbeiter erklärten, nicht früher in die Werkstätten zurückzukehren zu wollen, als bis die beiden Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Marchandage gelöst seien. Arago, Mitglied der prov. Reg. und befiel bei den Handwerkern, trat in diesem Augenblick in den Saal und suchte die Aufregung zu beschwichtigen. Man hörte ihn ruhig an und die Ruhe stellte sich wieder her! Es wurde verabredet, daß am nächsten Tage sowohl die Meister, als die Gesellen aller Gewerke sich versammeln und Abgeordnete hieher schicken sollten, um eine möglichst unparteiische Vertretung zu sichern. — Präsi. Blanc hielt zum Schluß noch eine sehr lebhaft gefühlte Rede: „Sterben auf einer Barrikade“, tief er aus, „ist ohne Zweifel sehr heldenmüthig. Dem herandrängenden Feinde entgegen rücken und ihn auf's Haupt schlagen, erfordert nicht weniger Heldennuth. Aber in beiden Fällen schlägt man doch nur sein eigenes Leben in die Schranke. Es giebt aber für eine Regierung Fragen, zu deren Lösung noch eine größere Seelenstärke erforderlich ist, ich meine die Fragen, die das Leben und die Existenz von Millionen betreffen. Als die prov. Reg. die Lösung dieser Fragen über-

nahm, vertraute sie ganz auf Euch, denn ohne Eure Einigkeit, ohne Euren einmüthigen Willen wäre diese Lösung unmöglich. — Unter dem tausendstimmigen Rufe: „Es lebe die Republik!“ trennte sich die Versammlung. Wenige Minuten später flogen Kurriere nach allen Richtungen, um für morgen die Patrone und Handverfertigten-Vorsteher aller Gattungen zusammenzurufen.

\* (Sitzung vom 2. März.) Schon um 8 Uhr Morgens waren fast alle Patrone und Werkstätten-Chefs aus ganz Paris und der nächsten Umgegend im Luxemburg versammelt. — Präf. L. Blanc setzte ihnen auseinander, daß die Kommission entschlossen sei, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Meister zu hören, damit Allen Gerechtigkeit werde. Die Arbeiter, setzte er hinzu, verlangen vor allen Dingen die Abschaffung zweier Uebelstände: 1) Zu lange Dauer der Arbeit, 2) die gehässige Dazwischenkunft von sogenannten Unter-Unternehmern (sous-entrepreneurs) oder Marchandage genannt. So lange diesem Verlangen nicht nachgegeben werde, wollen sie in die Werkstätten nicht zurückkehren. Ehe nun die Staats-Kommission sich ausspricht, wollte sie vorher die Ansicht der Meister hören. Diese erhielten hierauf folgende Aufschlüsse. — Ad I. Es giebt mehre Sorten von Marchandage. 1) Sogenannte Marchandeur oder Tâcherons, die z. B. bei Bauten einen Theil der Arbeiten über sich nehmen und für deren Ausführung mit dem Arbeiter direkt abschließen und ihn natürlich drücken und pressen, so viel sie können. Diese Sorte ist sofort abzuschaffen. Die Meister willigen mit Freuden darin. 2) Eine Marchandage besteht in der Arbeit auf Stück (travail à la pièce oder piegard). Diese Gewohnheit ist dem Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen durchaus nicht nachtheilig; sie ermuntert die Thätigkeit und liegt eben so sehr im Interesse des Arbeiters, als des Gesellen. Wir Alle sind der Ansicht, daß die Arbeitsweise auf Stück (le piegard) beizubehalten ist. 3) Die dritte Sorte Marchandage besteht darin, daß Arbeiter sich selbst associiren und Arbeiten ausführen; den Lohn unter einander feststellen und den Profit im Verhältniß der Lohnhöhe unter einander theilen. Diese moderne Associationsweise, deren Gefahr wir nicht fürchten, findet unseren ganzen Beifall und verdient Ermunterung (encourager). — Ad II. Die Verkürzung der Arbeitszeit stieß auf fast gar keinen Widerspruch. Der Pariser Arbeiter arbeitete bisher täglich elf Stunden, der Provinzialarbeiter dagegen zwölf Stunden. Wir setzen uns, fügten die Meister hinzu, einer einstündigen Verminderung keineswegs entgegen. — Nach Erledigung der beiden Hauptpunkte entwarf die Kommission ihren Bericht an die provisorische Regierung, worauf heute im Moniteur folgendes, für die socialen Verhältnisse höchst wichtiges Dekret als Vorläufer anderer wichtiger Reformen erschien. Das (bereits in der gestrigen Breslauer Ztg. mitgetheilte) Dekret der provisorischen Regierung, wo die Arbeitsdauer per Tag um Eine Stunde verkürzt und die Ausbeutung der Arbeiter durch sogenannte Untermeister oder die Marchandage abgesetzt ist. — Trotz des Geschreiens der Tagelöhner brachte der Moniteur diesen Morgen ein Dekret, das den Zeitungsstempel übermorgen (5. März) wieder einführt und ihn nur 10 Tage vor Eröffnung der Generalwahlen wieder abzuschaffen verspricht. — Die Kassen des vorigen Ministeriums scheinen ziemlich leer gewesen zu sein, denn die provisorische Regierung besteht unumwunden, daß sie einswelien an dem alten Abgabensystem festhalten müsse, wenn sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung bürgen soll. Diese Offenherzigkeit hat ihr alle Herzen gewonnen, namentlich der Börsewelt, die ganz entzückt ist über die Versicherungen der provisorischen Regierung (Siehe den Text der Rede Garnier Pagès an den Börsenvorstand und die Proclamation in unserer vorgestrigen Nummer). Die meisten Handelsleute haben von der verlängerten Wechselsfrist gar keinen Gebrauch gemacht, sondern fast alle ihre Zahlungen pünktlich bei den Bankkassen geleistet. Nur die Volkblätter fahren fort zu schreiben: Nieder mit dem Zeitungsstempel. — Dem Minister des Innern geht täglich eine solche Masse Spionberichte zu, daß er angezeigt: jeder solche Bericht, der keinen Namen und Wohnung trägt, wird unverzüglich verbrannt. — An der Börse keine Notirungen. Vor Montag ist darauf gar nicht zu rechnen. — Ein nicht offizielles Anschlag rief diesen Mittag sämtliche kleinen Handelsleute zu einer General-Versammlung zusammen, die näher bestimmt werden sollte. In derselben soll der Antrag an die Regierung gestellt werden, dem Kleinhandel eine Summe von 30 Millionen vorzustrecken, um alle diejenigen von 1—2 Privatpersonen endbestimmten Wechsel zu eskomptiren, welche die Bank abweist. Ein ähnlicher Antrag wurde 1830 abgeschlagen.

Der neue Marineminister soll an den Prinzen von Joinville ein sehr würdevoll abgefaßtes Schreiben gerichtet haben, um ihn zu veranlassen, daß er den Folgen der Revolution sich füge und friedlich zu seiner Familie abreise. — Nach Berichten aus Toulon soll die nach Algier abgegangene Dampf-Corvette „Titan“

dem Herzog von Aumale und dem Prinzen v. Joinville zur Verfügung gestellt worden sein. — Die Citoyenne Prinzessin Lieven, die alte Freundin des Herrn Guizot, soll sich, wie man berichtet, der Republik unterworfen haben.

Der Köln. Z. schreibt man aus Paris: „Die bedeutungsvollen Ereignisse, von denen Paris in den letzten 10 Tagen der Schauplatz war, werden von dem Volke schon als ein vollendetes Werk betrachtet. Hierin liegt der Schlüssel zu der zu bewundernden Erscheinung, daß in Paris beinahe alle äußeren Anzeichen der eben ausgeführten Revolution verschwunden sind. Die meisten improvisirten Wachtposten in den Straßen sind eingezogen, die nächtlichen Patrouillen haben aufgehört, der großartige Verkehr in den Straßen hat wieder begonnen, öffentliche und Arbeiten in den Werkstätten finden nach wie vor statt, die Eisenbahn-Fahrten sind wieder in regelmäßigem Gange, und heute war sogar wieder ein Zug für den internationalen Waarenverkehr direkt nach Köln, als den Dienst neu eröffnend sollend, angefaßt.“ Nehmen wir dies alles mit den uns häufig hier in den verschiedenartigsten Gesellschaften zu Ohren gekommenen Aeußerungen, daß die Franzosen nach dem Auslande durchaus nicht verlangen, zusammen, so kann uns die Hoffnung auf Erhaltung des europäischen Friedens nicht fern bleiben. Wir sahen auch heute schon mehrere von der neuen Regierung ausgestellte Pässe mit dem Visa von der preussischen Gesandtschaft in Paris versehen. Vertrauen wir zu unsern deutschen Monarchen, daß sie wohl die richtigen Wege erkennen werden. Möge denn auch nicht unzeitige oder allzu große Beängstigung die Geschäftsunternehmer zu übertriebener Vorsicht verleiten, und dadurch der Handel in völlige Stagnation gerathen!

\*\* Paris, 4. März. Die Regierung eilt dem Kleinhandel zu Hilfe; hebt den Stempel der periodischen Presse auf, verlangt aber Vorauszahlung der Steuern auf Ein Jahr. — (Decret.) Französisch. Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Die Republik, indem sie die Rechte Aller sichert, ist gleichzeitig bezweckend, den Interessen Aller zu dienen. Der erste Gedanke der provisorischen Regierung war darauf gerichtet, die dringenden Leiden derjenigen Bürger zu stillen, die den Kampf in den Straßen bestanden. Die Verwundeten erhielten Unterstützung, die Bureau aller Staatsverwaltungszweige sind wieder thätig, und die Errichtung von National-Handwerkstätten liefert in diesem Augenblicke schon über zehntausend Arbeitern Beschäftigung. Während wir auf diese Weise den Bedürfnissen des Augenblicks abhelfen, prüft die permanente Staats-Kommission die Mittel zur Lösung der größten industriellen Probleme für die Zukunft. Dank diesen ersten Maßregeln, ist zwar der Frieden in den Straßen hergestellt, aber der Ausbruch einer so starken Bewegung läßt noch eine gewisse Erschütterung in den Geistes wie in den Interessen zurück. Der Kleinhandel (petit commerce), der Bank so schwer zugänglich, muß sich von jetzt an der Vortheile des Kredits ebenfalls erfreuen. Die provisorische Regierung geht daher damit um, ihm nächsten ein Diskontobureau (comptoir d'escompte) zu eröffnen. — Die Presse, das mächtige Werkzeug der Civilisation und der Freiheit, und deren Stimme alle Bürger um die Republik vereinen soll, konnte nicht weniger Gegenstand der Fürsorge der provisorischen Regierung sein. Entschlossen zwar, alle bisherigen Steuern und Abgaben beizubehalten, um alle eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, und dem Staatsdienst zu genügen, betrachtet jedoch die provisorische Regierung eine gewöhnliche fiskalische Einnahme keineswegs als eine ihrem Grundwesen nach politische Tods. So darf der Stempel für periodische Schriften, die im Augenblicke der Generalwahlen den Austausch aller Gefühle, Ideen und Meinungen so sehr fördern, nicht länger beibehalten werden. Die vollste Diskussionsfreiheit ist das unerlässliche Erforderniß für jede freie, aufrichtige Wahl. In dem somit die provisorische Regierung die dringendsten Bedürfnisse im Auge hat, beschließt sie folgende Maßregeln: Art. 1. Der Finanzminister ist auf Grund seiner Erklärungen hin ermächtigt, die halbjährigen Staatsschulden = Zinsen (le semestre des rentes) in Paris vom 6. in den Departements vom 15. März an zu zahlen, obwohl sie erst am 22. März fällig sind. Art. 2. Ein Wechselzahlungs-Comptoir ist unter der Benennung Dotation des Kleinhandels zu errichten. Art. 3. Der Stempel der periodischen Schriften ist aufgehoben. Mitbürger! die provisorische Regierung setzt in den Patriotismus aller Steuerpflichtigen volles Vertrauen. Die Schwierigkeiten der Gegenwart lösen ihr keine Furcht ein. Frankreich, das aufgeklärt Frankreich ist, wenn es einig, die reichste und stärkste der Nationen. Die Republik wird, um Großes auszuführen, nicht der Geldmassen bedürfen, welche die Monarchie brauchte (absorbais) um pour faire des miserables Nichtswürdige zu ernähren. Aber ihre Thätigkeit bebingt die Thätigkeit Aller. Jeder muß nach Maßgabe seiner Kräfte dem Vaterlande dienen.

\*) Es ist ein solcher Zug wirklich Sonntag Abends in diesem Bahnhofe eingetroffen. (Red. d. R. Z.)

Wir verlangen heute von den Steuerpflichtigen, ihre Abgaben auf ein Jahr im Voraus zu zahlen, um die provisorische Regierung in den Stand zu setzen, alle Leiden zu lindern, allen Erwerb wiederzubeleben, und die Vortheile des Kredits auf Alle auszuwehnen, deren Thätigkeit (Travail) den öffentlichen Reichthum steigert. Mitbürger! Ihr könnt auf die unbeugsame Hingebung der provisorischen Regierung zählen; gestattet ihr den Stolz, zu glauben, daß sie auch auf Euch zählen kann. Paris, 4. März 1848. Folgen die Unterschriften der provisorischen Regierung u. s. w. (Moniteur.)

\* (Entscheidung des Finanzministers in Bezug auf die Staatsschulden). Französische Republik. In Erwägung, daß es für die Wohlfahrt der Republik wichtig ist, wenn alle Arbeiten wieder begonnen werden, und der Handel so schnell als möglich seine normale Thätigkeit wieder gewinnt. In Erwägung, daß das beste Mittel, diesen doppelten Zweck zu erreichen, darin besteht, den Umlauf des baaren Geldes (numeraire) so schnell als möglich wieder herzustellen. In Erwägung, daß die aus allen Gegenden der Republik eintlaufenden Berichte melden, daß die Zahlungen der Steuern regelmäßig erfolgt, und daß die Beweise eines wahrhaften Patriotismus von allen Seiten dauernde und reichliche Zahlungen erwarten lassen. In Erwägung, daß die Staatskassa (Trésor) schon jetzt den zur Tilgung der semi-striellen Zinsbons der Sprozentigen, 4 1/2 procentigen und 4 procentigen Staatsrenten nöthigen Barbestand vorrätzig hat. In Erwägung, daß die Vorauszahlung des Semesters für die meisten Interessenten höchst günstig ist, und doch keinen Verlust für die Staatskassa verursacht. In Erwägung, daß die Ausgaben aller Staatsverwaltungszweige durch die Post (recettes) gedeckt sind, deren Eingang durch die Rückkehr zur Ordnung und Zuversicht Aller gestärkt; beschließt der Finanzminister im Namen der provisorischen Regierung: „Die Zahlung der halbjährigen Zinsen der Sproc., 4 1/2 proc. und 4 procentigen Staatsschulden, welche am 22. März d. J. erst fällig, erfolge an den gewöhnlichen Kassen sowohl in Paris als in den Departements, nämlich in Paris vom 6. März und in den Departements vom 15. März an.“

Paris, 4. März 1848. (gez.) Goudchaux.

\* Charivari schlägt vor, jeder Eisenbahn-Deputation zu beschließen, Spezialzüge zu errichten, die alle Deputationen, Gesandtschaften und Adressen aus allen Himmelsgegenden des In- und Auslandes nach Paris fördern. Der Wigbold beschließt, das selbst Pasquier von seiner Flucht wieder heimkehre und einen 1572sten Eid leiste — wenn wir überhaupt noch etwas auf Erde gäben. — Die heutigen Blätter sind wieder überfüllt mit Adressen-Adressen und dergl. Erst kommen die Jubeldekretirten, dann die Schützen und einige Provinzialgesandtschaften und endlich die demokratische Gesellschaft in Brüssel. .... Frankreich, heißt es darin, hat den Zeitpunkt um Vieles vorgezogen, in dem wir es zu begrüßen hoffen. Kein Zweifel, daß die Wälder, die Frankreich zunächst liegen, die Ersten sein werden, welche seinem Beispiele folgen.... Eine Deputation der polnischen Emigration (des demokratischen Theils derselben) wurde gestern von der provisorischen Regierung empfangen. Die Deputation bat um Wiederherstellung Polens. Marraff, im Namen des Provisoriums, versprach nach Kräften „für Herstellung dieses für die Civilisation unentbehrlichen Schutzwalls zu arbeiten. Polen sei eine für die Barbarei unübersteigliche Barriere.“ — Von Börsengeschäften keine Rede.

\* (Louis Philipp, Guizot u.) Telegraphische Depeschen: 1) Rouen, 3. März. „An den Minister des Innern. Der Erlkönig Louis Philipp, der sich seit einigen Tagen in der Umgegend von Trouville verstreckt hielt, hat sich gestern Abend nach Eintritt der Fluth von Honfleur nach Havre begeben und sich dort auf dem Dampfer Expres nach England übergeschifft. Die Vorbereitungen zu dieser Abfahrt wurden so geheim und vorzüglich geleitet, daß selbst die Kapitane der Dampfschiffe, die sie bewerkstelligten, nichts von dem Vorhaben ahnten, dem sie dienen. Ich erfahre diese Einzelheiten so eben von einer Person, die zur Einschiffung unbewußt beitrug. Gruß und Brüderschaft! (gez.) P. Dechamps, Außerordentlicher Kommissarius des Nieder- = Seine = Departements.“ — 2) Avranches, 3. März, 4 Uhr. „Der Unterpräfekt an den Minister. Ein Schiffskapitän, der gestern Abend Jersey verließ, hat erklärt, daß die Herzogin v. Dröleaus, mit ihren Kindern, Hr. Guizot und der General Lefebvre, von Graville kommend, auf jener Insel gelandet sind. Der Gouverneur der Insel ließ ihnen ein Dampfschiff, das sie nach England brachte.“ (Durch die Nacht unterbrochen.) (f. Großbrit.)

\* (Die letzten Augenblicke Louis Philipps in St. Cloud.) In den Redakturen des Constitutionnel. Mehrere Blätter haben Ankunfts- und Abreise des Erlkönigs falsch dargestellt. So ungern ich von mir sprechen lasse, berichtige ich doch die Thatsachen dahin: Als der König in St. Cloud eintraf, stand bei (Fortsetzung in der Beilage.)

Donnerstag den 9. März 1848.

(Fortsetzung.)

reits ein Theil der Nationalgarde unter den Waffen; der Rest wurde so eben zusammengetrommelt. Ich schritt einem der vorangegangenen Adjutanten entgegen, der zu mir sagte: „Der König hat abgedankt und er kommt sofort nach St. Cloud.“ Er ersuchte mich, mit dem Befehlshaber der Nationalgarde in's Schloß zu kommen. Der König befand sich noch vor dem Eingang, als wir uns ihm näherten. Ich fragte ihn, was zu seinen Diensten stehe? Er antwortete mir: „Ich bitte Sie, Herr Adjoint, das Schloß bemachen zu lassen durch die Nationalgarde. Ich werde einige Augenblicke hier bleiben.“ Der Herzog von Montpensier drang darauf in mich, Pferde und Wagen zu besorgen. — „Pferde wird man hier in St. Cloud schwerlich finden, auch giebt es nur öffentliche Wagen,“ erwiderte ich. Er bat mich, sofort dergleichen zu besorgen. Dies geschah, und einige Augenblicke später fuhr die königl. Familie in den Lohnwagen des Hrn. Siard weiter. — St. Cloud, den 3. März. (gez.) G. Tahere, Maire-Adjoint.

Im Marine-Ministerium hat gestern eine Versammlung von General-Offizieren der Marine stattgefunden, um ihre Ansicht auszusprechen über die Stimmung der Flotte in Bezug auf den Prinzen von Joinville. Es verlautet über diese Konferenz nur so viel, daß alle Anwesenden die große Popularität des Prinzen in der Marine anerkannt, gleichwohl aber die Ueberzeugung ausgesprochen haben sollen, daß die gesammte Flotte sich sofort der Republik anschließen werde. Morgen hofft man im Marine-Ministerium Nachrichten aus Algier zu erhalten.

P. Paris, 4. März. Ich benutze die Morgenstunden des ersten Tages meines Hierseins, um Ihnen, versprochenemäßigen, Nachricht über die hiesigen Zustände zu geben. Aber wo finde ich die hierzu nöthige Geistesruhe unter dem Gewibel der Trommeln, welche so eben die Nationalgarde zur großen Zordenfeier für die Opfer der Republik zusammenrufen, und noch lebhaft erregt von den Erlebnissen der Reise hierher, welche selbst eine kleine Geschichte bilden? — Ich habe gestern die Reise von Brüssel hierher in weniger als 12 Stunden, von 9 Uhr Morgens bis halb 9 Uhr Abends, und zwar mit Ausnahme der einzigen Station zwischen Valenciennes und Maïme (etwa 2 Meilen) — durchweg auf der Nordbahn gemacht und, wenn nicht schon in den nächsten Tagen auch diese kleine Unterbrechung beseitigt ist, so läßt doch die Verbindung durch Dambuis und Diegenzen nichts zu wünschen übrig. In Paris angekommen, ward ich von der Neugierde getrieben, den Hunderten, die vor den Fenstern meines Hotels (in der Rue Vivienne) rechts hin nach dem Palais Royal wogten, mich anzuschließen. Ich habe da sämtliche Laden von vorne bis ans äußerste Ende geöffnet, und überhaupt dasselbe regsame Leben gefunden, das vor der Februar-Revolution darin geherstet hat. Zeitungen und Broschüren werden in Menge ausgerufen und auch, was in Weiden nicht steht, z. B. Parrestation de Duchâtel, von den bekannten Schreibern als Inhalt angegeben, so daß, zeigten nicht die an den hohen Säulen befindlichen Proklamationen der Republik und der provisorischen Regierung die stattgefundenen Ummantelungen an, man dieselbe an nichts innerhalb der Laden des Palais Royal — der neue Name des Letztern ist zur Zeit den Pariseren noch eben so ungeläufig als mir — erkennen würde. Das Wogen und Treiben daselbst, wie in den Straßen, dauerte bis gegen Mitternacht. — Heute früh habe ich erst einen raschen Blick in die Zeitungen geworfen; das Interessanteste ist wohl die erste Opposition gegen die gegenwärtige Regierung, ausgehend von Emil Girardin; er will, daß die Regierung sich nicht so sehr zersplittere und mehr handle als proklamire; die neue Regierung habe bis jetzt noch nichts geschaffen; den Einwand der Zeitkürze von 8 Tagen will er nicht gelten lassen; sei doch die ganze Welt in 7 Tagen geschaffen worden, wie Bürger Arago bestätigen werde u. — Ein befremdeter Offizier der Nationalgarde will mich die Zordenfeier von einem Balkon der Boulevards des Italiens aus sehen lassen; für Plätze innerhalb der Mabelainekirche sind nur sehr wenige Billets an Fremde vertheilt worden. Komme ich noch vor Pöfischluß zurück und ist irgend etwas mehr als die gewöhnliche Solemnität vorgefallen, so gebe ich diesem Briefe wohl noch eine Nachschrift. — Nach 4 Uhr. Ich komme so eben von der großen Nationalfeier der Republik, die präzis um 12 Uhr begonnen hat und in diesem Augenblicke wohl noch an der Juli-Säule, wo die Zorden beigestet werden, fort dauert. Der Aufzug hat in großer Ordnung stattgefunden und war durch die Masse und Mannigfaltigkeit der daran Theilnehmenden wirklich imponant. Durch Zufall war mein Platz auf dem Boulevards des Italiens dem Hause gegenüber, von dessen Balkon die

auswärtigen Gesandten — es schien keiner zu fehlen — den Aufzug mit ansehen. Beim Vorüberziehen der provisorischen Regierung entlockten sämtliche Gesandten die Häupter, und ihr Gruß ward mit sichtbarer Freudigkeit erwidert. Beim Vorüberziehen der polnischen Legion, mit den politischen Kindern hinter ihnen, wollte der Jubelruf von den unüberschaubaren und bis auf die höchsten Giebelspitzen mit Zuschauern besetzten Häuserreihen der Boulevards nicht enden. Daß die Marschlaife fort und fort gespielt, gefordert und gespielt wurde, versteht sich von selbst. Als die Musik der Linientruppen dem Rufe nach der Marschlaife nachgab, wurde dies mit großem Beifallklatschen aufgenommen. Zu einer ausführlicheren Beschreibung des ganzen Zuges, der zu manchen interessanten Bemerkungen Gelegenheit gab, fehlt es jetzt an Zeit. (Unsere gewöhnliche Pariser Korrespondenz schreibt über diese großartige Leichenfeier: „Der heutige Tag sah wieder ganz Paris auf den Weinen oder richtiger an den Fenstern und Balkonen. Der heutige Tag war nämlich zur feierlichen Beisetzung der am 22., 23. u. 24. Febr. Gestorbenen bestimmt. Gegen Mittag versammelten sich deshalb sämtliche Glieder der provisorischen Regierung, der Ministerien des Kassationshofes, der Oberrechnungskammer, der Universität und polytechnischen Schule und der Gerichtshöfe, untermischt mit Marschällen, Generälen, Ober- u. Unteroffizieren aller Truppengattungen, Paris u. an der Magdalenenkirche, deren Zugänge und innere Räume schwarz behangen waren. Von dort setzte sich der Zug, dem sich fast alle Pariser Gewerke angeschlossen, mit acht großen Leichenwagen, die leider alle gestiftet worden, in Bewegung. Die Boulevards waren bereits von Nationalgardien und Linientruppen überfüllt und eine unermessliche Menschenmenge sah den Zug ohne den geringsten Erzeß an sich vorübergehen. Die Musikchöre spielten Trauermärsche, und in weiter Entfernung hörte man die französischen Nationalgesänge. Alles schien verdrückt. Nationalgardien, Linientruppen, Blusammen, Knaben, Frauen u. Greise marschirten in bunten, obwohl geregelten Reihen hintereinander. Wenn man bedenkt, daß die Behörden zur Einrichtung der Feier kaum zwei Tage Zeit hatten, so ist dies ein neuer Beweis von dem großen Ordnungssinne der Pariser, der von großen Fortschritten zeugt. Unter den Korporationen zeichnete sich besonders die belgische demokratische Association und die polnische Emigration mit ihren Nationalfahnen und der uniformirten Schul-Jugend der Letzteren aus. Sie erntete ungeheuren Beifall. Nicht minderen Aufseht machte der kolossale Festwagen, der die Republik darstellte und mit Lorbeeren und den Insignien aller Gewerke geschmückt war. Unmittelbar dicht vor und hinter ihm wurden die altrömischen Consulbündel (Fasces) getragen. Die ganze Feier lief ohne die geringste Störung ab.“)

Es haben sich mehrere Arbeiter zum Herrn Viktor Hugo begeben und ihn ersucht, eine Ode oder eine patriotische Hymne zu dichten. Der Post antwortete, er könne vorläufig dieser Aufgabe seine ganze Aufmerksamkeit nicht zuwenden; er hege aber die größten Sympathien für die Republik und werde es versuchen, ein der Revolution würdiges Werk zu verfassen. Gestern erschienen auch zwei Proklamationen an die Kolonisten in Algerien und das Heer zu Algier. In der ersten heißt es: „Die schuldige Manie des gestürzten Gouvernements und vielleicht seine Kleinmüthigkeit haben die Entwicklung der Kolonien verhindert. Die Republik wird Algerien verteidigen, als wäre es der französische Boden selbst. Eure materiellen und moralischen Interessen werden erforscht und befriedigt werden. Die fortschreitende Assimilation der Institutionen Algiers mit jenen des Mutterlandes unterliegt der Erwägung des provisorischen Gouvernements, es wird der Gegenstand der ersten Erwägungen der Nationalversammlung sein.“ Die Publikation an das Heer lautet also: „Soldaten des afrikanischen Heeres, das republikanische Gouvernement, das Frankreich sich gegeben, trug vor einem halben Jahrhundert auf Afrika's Ländern die Farben, unter denen Ihr die letzten achtzehn Jahre gekämpft. Eure Heldenkämpfe, Eure Mühseligkeiten, Eure unermüdbare Beharrlichkeit, mit einem Worte, den militärischen Muth, von dem Ihr so viele Beweise gegeben, weiß das republikanische Gouvernement zu schätzen und wird auch wissen, wie es sie zu belohnen hat. Soldaten, der Ruhm, den Ihr erworben, indem Ihr für Frankreich die schönsten seiner Nationalbesetzungen errungen, ist ein unvergänglicher Anspruch auf die Dankbarkeit der Republik. Der würdige Chef, den das provisorische Gouvernement an Eure Spitze gestellt, besitzt sein ganzes Vertrauen, wie er das Eure besitzt. In Euren Reihen hat er sich berüchmte gemacht! Indem Ihr ihm auf dem Pfade der Ehre und der Pflicht folgt, werdet Ihr Euch dem Gefeße

der Kriegszucht treu zeigen, das die französischen Soldaten nie verlassen.“

Strasburg. Hier ist der General Lamoricière angekommen, um das Kommando über eine, wie man glaubt, zu bildende Rheinarmee zu übernehmen. (Rhein. Beob.)

### Spanien.

\* Madrid, 26. Februar. In Madrid langten heute die ersten telegraphischen Depeschen über die „Anruhen“ des 21., 22. und 23. Februar an. Vom Sturz Guizot's und des Königthums wußte man noch nichts.

\* Madrid, 27. Februar. Die Pariser Nachrichten riefen auch hier große Aufregung hervor und es könnte auch hier leicht zu einer zweiten Regenschicht kommen.

### Großbritannien.

London, 3. März. Endlich hat Louis Philipp den Weg nach England gefunden. Er ist heute in Begleitung seiner Gemahlin bei Remhaven gelandet. Zu gleicher Zeit sind der Herzog von Montpensier und die Herzogin von Nemours, nebst zwei Kindern der Letzteren, von Guernsey in Portsmouth angekommen. Auch Herr Guizot ist heute in Dover eingetroffen und wurde heute Abend hier in London erwartet. — Der hiesigen französischen Gesandtschaft sind vorgestern die ersten Depeschen der provisorischen Regierung nebst dem neuen republikanischen Gesandtschaftssiegel zugekommen. Zufolge dieser Depeschen haben der Graf de Jarnac, der interimistische Gesandte, so wie die Gesandtschafts-Sekretaire, Graf Louis de Noailles und Herr de Rabaudy, ihre Entlassung genommen, da sie der Republik nicht dienen wollen. Ein dritter Gesandtschafts-Sekretair, Graf Henri de Béarn ist nach Paris abgegangen. — Louis Napoleon, dessen Anwesenheit in Paris die provisorische Regierung vorläufig als ungeeignet anzusehen sich veranlaßt gefunden hat, ist hierher zurückgekehrt.

Im Oberhause wiederholte am 29ten v. M. Lord Clanricarde die bereits vom General-Postamt gemachte Anzeige, daß die westindische Post unversehrt am 18ten durch Paris befördert worden sei. Lord Ellenborough drang bei dieser Gelegenheit auf baldige Ordnung des Transports der Post durch Deutschland.

### Niederlande.

Gang, 3. März. In dem gestern gehaltenen Kabinetsrath, welchem der Prinz von Oranien, Prinz Friedrich der Niederlande und sämtliche Minister beiwohnten, ist, dem Vernehmen nach, beschloffen worden, sofort die Mägen der Aushebung von 1844 und 1845 einzuberufen und überhaupt alle die Maßregeln zu treffen, welche zur Vertheidigung der Gränten und zur Bewachung der Landes-Festungen nöthig werden könnten. (Allg. Pr. Z.)

### Belgien.

Brüssel, 3. März. In diesem Augenblicke sind die einberufenen belgischen Reserven vollständig; eingekleidet, und eine Armee von 80,000 Mann sieht zur Vertheidigung des Landes bereit. In den Grenzfestungen sind die Garnisonen verstärkt und alle Vorsichtsmaßregeln, die die Nothwendigkeit der Umstände erfordern, getroffen worden; zu Tournai, der nur 5 Stunden von Lille und 7 Stunden von Valenciennes entfernten Festung, stehen die Kanonen auf den Wällen, Außenposten sind vorgeschoben, und die Brücken werden während der Nacht aufgezogen. Zu Antwerpen geht man nicht minder thätig zu Werke, um diesen Ort in einen Waffenplatz zu verwandeln. Die Haltung des belgischen Volkes fährt fort eine sehr erfreuliche zu sein, nirgends sind bisher ernste Unruhestörungen vorgefallen. Die Bürgergarde legt einen höchst lobenswerthen Eifer an den Tag. Man brachrichtigte aus den hier bestehenden vier Legionen zum Dienst ein Bataillon zu bilden, es stellten sich inbeffen nicht allein alle Compagnien vollständig, sondern es fanden auch eine große Menge neuer Einschreibungen statt, und eine nicht unbedeutende

\*) Der Londoner Korrespondent der Hamburger Börsenballe meldet über die Einzelheiten der Flucht Louis Philipp's folgendes: Der Ex-König und seine Gemahlin waren mehrere Tage lang in der Nähe von Trevot von einem Weiberhufe zum andern gezogen, und erst am 2ten d. Mts. gelang es ihnen, nachdem sie von Ermüdung fast ganz erschöpft waren, sich in Begleitung zweier Diener in einem offenen französischen Fischerboote in Breroot einzuschiffen. Mitten auf der See wurde sie von dem zwischen Southampton und Havre fahrenden Dampfschiffe „Erebus“ aufgenommen, welches sie nach Remhaven brachte, auf dessen Höhe sie zwar schon um 7 Uhr Morgens ankamen, das sie aber wegen des Wetters und der Ebbe erst um Mittag erreichen konnten. Louis Philipp schrieb sogleich nach seiner Ankunft an die Königin Victoria, um ihr sein Eintreffen zu melden. Der König war bei seiner Landung mit einer großen Menge und einem kleinen Oberrode besetzt, die er von dem Captain des „Erebus“ leihen mußte, da er Frankreich ohne alle Bagage verlassen hatte.

Zahl solcher Personen, deren Alter sie jeder Verpflichtung zum Dienst enthebt, meldeten sich hierzu. Die Minister beabsichtigen Angesichts der dringenden Umstände bei der Kammer die Krönung einer außergewöhnlichen Anleihe zu beantragen, was sicher keinen Widerstand finden wird. Durch das neue Wahlgesetz, welches bereits von der hierzu ernannten Kommission mit Stimmenmehrheit beschlossen worden ist, wird übrigens der einzige Gegenstand beseitigt, welcher hier zu Lande noch einige Mißstimmung erregt. Der Artikel 47 der Constitution spricht nämlich das Maß der direkten Abgaben, welches als nothwendig zum Eintritt in die Kammer bedingt wurde, auf 100 Fl. als Maximum und auf 20 Fl. als Minimum. Durch das Gesetz vom 3. März 1831 wurde indessen für die verschiedenen Landestheile ein ungleicher Census vorgeschrieben, der zwischen 20 und 80 Gulden schwankte. Dies war die Ursache der neuesten so vielseitigen dringenden Reklamationen. Das Gouvernement hat nun, den allgemeinen Wünschen entgegenkommend, die Feststellung des Census auf eine durchgängig als Norm dienende Summe von 20 Fl. in Vorschlag gebracht. — Die hier wohnenden Franzosen haben eine Versammlung ausgeführt, in welcher eine Zustimmungadresse an die provisorische Regierung zu Paris gerichtet werden soll, die eine besondere Kommission überbringen wird. Charakteristisch sind auch die Worte, die man König Leopold, seinen Ministern gegenüber, bei Kundgebung der Pariser Ereignisse, in den Mund legt. Der König soll nämlich geäußert haben: „wenn die belgische Nation eine Staatsumänderung im Sinne der Franzosen wolle, so sei er bereit abzutreten, im entgegengekehrten Falle werde er aber die Unabhängigkeit des Landes bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen“.

### Schwiz.

**Nasel, 3. März.** Die gestern gemeldeten Excesse von Gesindel, welches zuerst gegen die Juden und dann gegen Besessene überhaupt seine Wildheit ausließ, haben kräftige Repression gefunden. Der Haufe soll bis auf 600 Mann angewachsen sein, der in den Dörfern, verummant und mit bemalten Gesichtern herumzog. Die in Hünningen liegenden Jäger rückten, verstärkt durch Nationalgarde, Douaniers und Pompier, gegen diese Bande aus, es kam zu Schüssen, und eine allgemeine Jagd wurde auf die Räuber gemacht. Gestern wurden gegen 90 derselben gefangen nach Hünningen gebracht. Abends kam eine Compagnie Truppen aus Colmar in St. Louis an, diesen Morgen sind noch mehrere 130 Mann angekommen, so daß jetzt gegen Wiederkehr ähnlicher Frevel genügend gesorgt ist.

**Neuenburg, 2. März.** Gestern Abends 7 1/2 Uhr sind die Radikalen, ungefähr 1200 Mann stark, hier eingezogen, mit zwei 4pfündigen Kanonen aus Valangin; der Einzug geschah in größter Ordnung unter schützendem Regen, man hörte die Rufe: vive le Roi, vive la République, vive la Suisse, aber alles ohne weiteren Anschlag. Die Schaar war befehligt von Fritz Courvoisier aus La Chaux-de-Fonds, der schon im Jahr 1831 auf dem Schlosse gewesen war. Die Truppe stellte sich am Seeufer auf, und die Führer begaben sich nach dem Schlosse, wo sie den Staatrath zur Einstellung seiner Funktionen aufforderten, dieser fügte sich, indem er protestirte. Sofort wurde eine Staffette an die provisorische Regierung abgeordnet, welche im Wagen hindurein fuhr, und bei deren Eintreffen die Truppe das Schloß in Besitz nahm. Eine Proclamation derselben verkündete dem Volke das Geschehene. Die durch Strapazen und Regen ganz ermüdeten Leute erhielten nun Quartierbillette. Die provisorische Regierung besteht aus folgenden Männern: Piaget, Advokat von La Chaux-de-Fonds, Dubois, Dr. med., ebenfalls, Montandon aus Travers, Erhard Navel aus Verrieres, Sandoz-Morthier von Dombresson, H. Grandjean aus Vole, Brandt-Stauffier aus La Chaux-de-Fonds. Die Thüren sind geschlossen, aber Alles wartet in Ruhe und Geduld der kommenden Dinge. Die Leute waren zum Theil gut bewaffnet, zum Theil in miserabilem Zustande. — Daß die Regierung die Intervention des Vortors angerufen habe ist durchaus unrichtig.

### Italien.

**Genua, 26. Febr.** Die Nachricht von der Verkündung des Ständerechts in der Lombardei hat einen ungläublichen Eindruck hier hervorgebracht. Schon war eine Deputation gewählt und Vorbereitungen getroffen, um Sonntag den 27ten d. Theil zu nehmen an dem großen Verfassungsfest in Turin. Statt dessen versammelten sich gegen Hundert der angesehensten hiesigen Einwohner, auch einige Mailänder, die hier sind, bei Doria, und es wurde einstimmig beschlossen, jetzt an keinem Feste Theil zu nehmen, statt dessen den Freunden in Turin zu schreiben und sie aufzufordern, die Feier, wenn es nicht schon zu spät sei, einzustellen und mit den Lombarden zu trauern. Der König werde diese Gefühle verstehen und dennoch der Dankbarkeit und treuen Liebe seines Volkes gewiß sein. Auch die Gemäßigten glauben jetzt an einen baldigen Ausbruch des Kriegs. (Schw. M.)

Ein österreichisches Bataillon ist von Cremona, nach einer Staffette des Herzogs von Parma, in einem

Einmarsch nach Parma abgezogen und am 9. d. Vormittags dafelbst eingetroffen. Alle Wachtposten der Stadt, auch die des herzoglichen Palastes, wurden sogleich den Oesterreichern übergeben. Von weiteren Ruhestörungen ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden.

(M. 3.)

**Palermo, 19. Febr.** Alles wird hier als ruhig geschildert, und die Ordnung wird durch den Comitatus mit Festigkeit gehandhabt; die Verlängerung der provisorischen Zustände aber fängt an, viele der Mäßiggestimmten zu beunruhigen. — Die Vermittelung Lord Minto's unterließ wegen der Hartnäckigkeit der Sicilianer, die auf Forderungen bestanden, welche nicht gestattet werden können, ohne die königliche Gewalt in Sicilien geradezu zu vernichten. Die Sicilianer werden bald gewahren, daß sie sich durch dieses Benehmen der erhöhten Protection Englands verlustig machen, und es bringt sie dieses vielleicht zu mehr Mäßigung, wenn der Comitatus unterdessen nicht seinen Halt auf das Volk verliert. (Schw. M.)

## Lokales und Provinzielles.

\* **Breslau, 8. März.** In einer heute stattgehabten vertraulichen Konferenz des Magistrats und der Stadtverordneten ist beschlossen worden, eine Deputation, an deren Spitze der Ober-Bürgermeister Pinder steht, nach Berlin zu senden, um bei Sr. Majestät eine Audienz zu erlangen. Eine Immediat-Vorstellung ist der Deputation nicht übergeben, sie soll vielmehr d. n. Dank für Gewährung der Periodizität des Landtages und die Wünsche, welche im Volke lebendig sind, mündlich aussprechen.

\* **Breslau, 8. März.** Sichem Vernehmen nach hat Sr. Majestät der König die wegen des Tumults u. c. in Karnowitz rechtskräftig Verurtheilten vollständig und sämmtlich begnadigt.

**Breslau, 7. März.** Seit dem 5. d. M. hatte sich das Gerücht in der hiesigen Stadt verbreitet, daß am 6. d. M. eine Volksversammlung im Wintergarten abgehalten werden würde, bei welcher Vorträge und Reden politischen Inhaltes gehalten und Beratungen über Adressen und Beschlüsse gepflogen werden sollten, welche man gegenwärtig an den Staat und die Regierung machen müsse. Die verbreiteten Gerüchte gewannen auch bald die Gestalt an, daß an der Wahrheit derselben nicht zu zweifeln war. Da nach dem Bundesbeschlusse vom 5. Juli 1832, welcher nach dem Publikationspatent vom 25. September 1832 auch für Preußen Gesetzeskraft hat, außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste, d. h. solche, welche bisher weder hinsichtlich der Zeit, noch des Ortes weder üblich noch gestattet waren, ohne Genehmigung der kompetenten Behörde nicht stattfinden dürfen, und selbst bei erlaubten derartigen Versammlungen und Festen keine Reden politischen Inhaltes gehalten werden dürfen, noch weniger aber eine Volksversammlung dazu gemischt werden soll, Adressen oder Beschlüsse in Vortrage zu bringen und durch Unterschrift oder mündliche Bestimmung genehmigen zu lassen, so konnte es durch aus keinem Zweifel unterliegen, daß die beabsichtigte Versammlung eine verbotene, mithin eine nicht zu gestattende sei. Der hiesige Magistrat versuchte es daher, durch eine öffentliche Bekanntmachung die hiesige Einwohnerschaft von der Theilnahme an jener Versammlung abzumahnern, und erließ gestern gegen 3 Uhr Nachmittags eine Bekanntmachung, welche an den Straßenecken angeschlagen wurde (s. vorgestr. Bresl. 3.). — Dagegen ist mit völliger Gewißheit zu erwarten war, daß diese lokale und eben so zum Herzen, als zum Verstande redende Abmahnung bei dem gutgesinnten, Gott sei Dank, überwiegenden Theile der hiesigen Einwohnerschaft Anerkennung und willige Nachachtung finden werde, so durfte doch auch auf der anderen Seite nicht verkannt werden, daß die Leiter dieser Angelegenheit nichts unversucht lassen würden, ihre Absichten durchzusetzen. Es durfte hieran um so weniger gezweifelt werden, als dieselben keine Mittel gespart hatten, um ihren Anhang zu vergrößern und wo möglich eine große Menschenmasse zusammenzubringen. So hatten sich dieselben in alle größeren Fabrikklokale und Werkstätten begeben, die Arbeiter und Gesellen für ihr Thun und Treiben zu gewinnen gesucht, und dieselben zur Theilnahme an der Versammlung und den Beratungen zu verleiten, auch denselben vorstellig zu machen versucht, daß die Ausschließung davon dem Interesse, wie der Ehre der Arbeiter und Gesellen gleichmäßig entgegenstehen werde. Auch noch an anderen Orten waren derartige Versuche gemacht worden. Unter diesen Umständen sah sich denn die Behörde veranlaßt, auch den Wintergarten und einige andere Punkte durch Militär zu besetzen, wo muthmaßlich die Zusammenkunft stattfinden konnte, um diese zu verhindern. Wie nothwendig diese Vorsicht gewesen, zeigte sich bald, indem eine Menge Menschen, die überwiegende Mehrzahl wohl nur aus Neugierde sich des Abends nach dem Wintergarten begab. Hier hatten sich auch bald einige

Hundert müßige Zuschauer versammelt, welche sich indes ruhig verhielten und endlich auch sich fortbegaben, ohne daß sie hierzu durch das Militär genöthigt oder auch nur aufgefordert worden waren. Schon glaubte man, daß die Stimme der Vernunft und Besonnenheit überall die Oberhand gewonnen haben und sich die Menge durchaus ruhig nach Hause begeben würde. Leider hatte sich aber, wie dies bei solchen Gelegenheiten stets zu geschehen pflegt, eine Menge Bösewichter gefunden, von welchem ein Trupp von etwa 100 Köpfen lärmend und singend nach der Stadt zog. Schon auf dem Wege dorthin fanden sich bedauerlicher Weise einige Personen, welche diesen rohen Haufen aufzureizen suchten. Eine Masse neugieriger Zuschauer vermehrte sehr bald die und für sich nur sehr geringzählige Kotte, welche nunmehr auf dem Neumarkte sich nochmals setzte und von hier aus nach einigen anderen Theilen der Stadt zog. Unter Geschrei und Lärm wurden von diesem Trupp einige Straßen, so wie der Markt durchzogen und endlich in einigen Privat- und öffentlichen Gebäuden mit Steinen mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Wie im vorigen Jahre waren die eigentlichen Excedenten nur sehr gering an Zahl und bestanden wie damals theils aus müßigen Juben, theils aus der Hefe des Volkes. Diesen Unwesen durfte und konnte nicht länger nachgesehen werden. Es wurde sogleich das Militär, welches bis dahin nur in den Kasernen bereit gestanden hatte, herangezogen, und einige Kavallerie-Patrouillen reichten hin, um die Straßen von den Anstiftern des Unfuges vollständig zu reinigen, so daß um 10 1/2 Uhr der Excess vollständig beendet war. Mehrere der Unruhstifter sind bereits verhaftet und noch mehreren steht dies Schicksal bevor, da dieselben erkannt worden sind, wenn auch zu ihrer augenblicklichen Arretirung nicht Grund vorhanden war. Leider sind auch einige Verwundungen vorgekommen, welche jedoch nicht von gefährlicher Art sind. — Höchlich zu bedauern ist es, daß auch diesmal, wie immer, eine große Anzahl Neugieriger sich in den Straßen eingefunden hatte, nicht, um Theil zu nehmen an jenen pöbelhaften Excessen, sondern bloß um zu sehen, was es denn eigentlich geben werde. Diese neugierigen Zuschauer aber sind es, welche jedesmal die Wirksamkeit der Behörden beschränken und der aus dem Pöbel bestehenden, nur sehr kleinen Zahl der eigentlichen Excedenten, wenn auch allerdings nur sehr wider ihren Willen, zur Schutzmauer dienen und dabei vergessen, daß nach dem Einschreiten des Militärs, der gesetzlichen Vorschrift zu Folge, schon das bloße Vorwieseln am Orte des Tumults ein strafbares Vergehen bildet. — Der heutige Tag zeigte keine Spur mehr von dem gestrigen Excess. Hoffentlich wird auch der Abend ruhig vorübergehen und der Sinn der hiesigen Einwohnerschaft für Gesetz und Ordnung sich auch heute wie früher bewähren. Für den Fall, daß sich abermals Tumultuanten bekommen lassen sollten, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu stören, sind übrigens die nöthigen Maßregeln getroffen worden, um solchem Thun und Treiben mit aller Energie entgegen zu treten.

(Bresl. Anz. \*)

\* **Breslau, 8. März.** Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß von der hiesigen kgl. Bank sächsische Kassen-Anweisungen bei Zahlungen unbedingt angenommen werden. Dem ist nicht so, denn wir können aus sicherer Quelle mittheilen, daß die hiesige kgl. Bank noch heute nur in preussischem Golde oder Courant und in preussischem Papiergelde Zahlungen angenommen hat, da bekanntlich jede kgl. Kasse, also auch die hiesige kgl. Bank nur befugt ist, preussische Münzen, preussisches Papiergeld und Vereins-Doppelthaler bei Zahlungen anzunehmen. Nichts ist es jedoch, daß die Bank-Beamten bei Zahlungen kleine Beträge in sächsischen Kassen-Anweisungen, wenn dieselben zugleich mit preussischem Gelde offerirt wurden, angenommen haben, um den Zahlenden nicht in eine augenblickliche Verlegenheit zu setzen oder ihm Schaden zuzufügen. — Wenn Kaufleute und Geldwechsler, welche sächsische Kassen-Anweisungen kaufen, einen geringen Abzug für Zinsen und Porto machen, da sie gezwungen sind, dieselben an ihre Banquiers nach Leipzig einzusenden und sich preuss. Geld dafür kommen zu lassen, so mag dies gerechtfertigt erscheinen. Wenn diese Abzüge jedoch mehrere Prozent betragen, so freigt man mit Recht, ob hier, in Betracht der drückenden Wertheis-Verhältnisse, nicht die Grenzen der Billigkeit überschritten werden. Uebrigens scheint es, daß Einzelne sich es zur Aufgabe gemacht haben, diesen Gegenstand größer und umfangreicher darzustellen, als er sich in der Wirklichkeit herausstellt.

\* **Breslau, 8. März.** Außer den in Oberschlesien bereits wirksamen Diaconissen werden sich in kurzer Zeit dahin noch 16 Helfer des rauen Haushes in Hamburg zur Krankenpflege begeben. Leider ist jetzt schon die große Mehrzahl der barmherzigen Brüder erkrankt. Der Krankheitsverlauf des Herrn \*) Die Ruhe ist am Abende und in der Nacht nicht gestört worden.

Prof. Kuh hat gestern, Gott sei Dank, eine so glückliche Wendung genommen, dass wenigstens die Gefahr vorüber zu sein scheint. Auch das Befinden des Hrn. Dr. Neumann ist, wie wir mit großer Freude vernahmen, bestriedend. Mit der Berliner Zeitungshalle erinnern wir unsere Leser: „Vergessen wir über dem Interesse an den Weltbegebenheiten unserer bedrängten Brüder in Oberschlesien nicht.“

**Breslau, 8. März.** Am 15. April soll die Warschau-Wiener Eisenbahn, die bei Sczakowa in die Krakau-Oberschlesische durch eine von dieser bis Maczki gelegte Zweigbahn einmündet, in ihrer ganzen Ausdehnung, 41 Meilen lang, eröffnet und in Betrieb gesetzt werden.

Auf Anordnung des königl. Finanz-Ministerii werden vom 1. April ab die Fahrzüge der Eisenbahnen nach der mittleren Berliner Zeit regulirt werden, um bei den größeren Touren auf Eisenbahnen das regelmäßige Ineinandergreifen der Fahrten möglich zu machen. Auf den Oberschlesischen Eisenbahnhöfen werden zu diesem Ende die Zifferblätter der Uhren mit 2 Minuten anzeigen versehen, deren einer die wirkliche, der andere die mittlere Berliner Zeit anzeigt. Die Differenz dieser Zeiten beträgt für Breslau 1 1/2 Minute. — Die Personen-Beförderung zwischen dem Niederschlesisch-Märkischen und Oberschlesischen Bahnhofe vermittelt der Verbindungsbahn ist in regelmäßigen Gang gesetzt. Der Weg wird in 10 Minuten zurückgelegt. Die Verbindungsbahn war längere Zeit, wegen mannigfachen Differenzen mit der Landespolizei-Behörde, außer Betrieb gesetzt und ist nach Regulirung eines Interimskommunikations des königl. Finanzministerii folgen wird, wieder eröffnet worden.

In diesen Blättern sind die durch eine königliche Verordnung festgestellten Bedingungen und Modalitäten mitgetheilt worden, unter deren die Anlage und der Gebrauch von elektro-magnetischen Telegraphen unsern Eisenbahn-Verwaltungen gestattet sein soll. Die zu übernehmenden Verpflichtungen scheinen mit den Vortheilen der Anlage nicht im Einklang zu stehen. In den übereinstimmend eingelegten Remonstrationen und Reklamationen haben die Verwaltungen eine durchgreifende Abänderung der Verordnung, ohne welche ihnen die Ausführung der Anlage nicht vergönnt sei, motivirt nachgesucht. Wir hören mit Vergnügen, daß diese Abänderung, insbesondere unter Freigebung der Telegraphen für die öffentliche Correspondenz, zu gewärtigen ist.

Die geneigte Veröffentlichung des hohen Komitees zur Milderung der Noth in Oberschlesien vom 3. März d. J. legt mir die Verpflichtung auf, öffentlich zu erklären: daß die Verbindlichkeit bei Organisation der Distrikts-Komitees und besonders der Kinderbewahranstalten der aufopfernden Hingebung jener menschenfreundlichen Männer gebührt, welche, ohne Gefahr für sich zu fürchten, zur Hilfe flogen, kräftig halfen und ordneten, wo es noth that. — Den ersten dieser edlen Helfer erkrankte die Seuche und warf ihn zu unserm großen Schmerze lebensgefährlich darnieder, nachdem er unermüdet vierzehn Tage lang die Orte des Glends und der Krankheit besucht hatte; alle Einsassen des Kreises Rybnik beten zu Gott für die Lebenserhaltung des Professor Dr. Kuh, welcher in der Gefahr zeigte: er sei selbst Einsasse des armen Kreises Rybnik, und der Ort der Gefahr sein Platz!

Aber nächst gegen diesen edlen Helfer ist der Kreis von Dank erfüllt gegen Se. Durchlaucht den Prinzen Biron von Kurland, welcher hohe Herr, das Herz wie immer voll Menschen- und Nächstenliebe, kein Ungemach der Noth, des Wetters, der Wege, selbst nicht die Gefahr der Ansteckung scheuend, als Mensch und Wohlthäter half und schaffte, wo Noth war; und ebenso gegen den Hrn. Landesältesten v. Silzgenheim auf Sandersdorf, welcher von gleich hochherziger Gesinnung befehl, sich in die Lebenskammern einer gepinigten Bevölkerung freiwillig stürzte, um diese Leiden zu mildern. — Von solchen, in treuer Aufopferung sich hingebenden Männern unterstützt, konnte es nur möglich werden, ein schweres Werk leblich ins Leben zu fördern.

Rybnik, den 6. März 1848.

Der Landrath B. v. Durant.

**\*\* Ueber die Ursachen der Hungersnoth in Oberschlesien und die Mittel zu deren gründlicher Beseitigung.**

Oberschlesien unterscheidet sich von Mittel- und Niederschlesien vorzugsweise durch die dort in den unteren Ständen vorherrschende slavische Bevölkerung, wogegen in Mittel- und Niederschlesien die deutsche bei weitem

überwiegend ist. Es ist allerdings richtig, daß der slavische Charakter nicht so eifrig bestrbt ist, für unvorhergesehene Unglücksfälle in guten Jahren zu sparen, und das Ungemach der schlechteren zu übertragen, als dies der Deutsche im Allgemeinen und auch in Schlesien thut. Es ist aber nicht zu leugnen, daß die bäuerliche Bevölkerung Oberschlesiens durch das bedeutende Uebergewicht der gutsherrlichen Gewalt, welches sich von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart unter dem Schutze der Geseze fortgesetzt hat, mehr wie diejenige Niederschlesiens, mit Diensten und anderen Leistungen an die Gutsherren, belastet ist. Dazu kommt noch, daß in demjenigen Theile Oberschlesiens, welcher von der gegenwärtigen Kalamität betroffen worden, nämlich in dem Theile auf der rechten Dberseite, beinahe 2/3 jenes Landes, der überwiegend größte Theil der bäuerlichen Bevölkerung kein Grundeigenthum besitzt, sondern die ihr eingeräumten Stellen Eigenthum der Gutsherrschaften sind, und dem bäuerlichen Inhaber nur ein, von den ersteren abhängiges Kolonatrecht darauf zusteht, welches freilich oft durch viele Generationen auf den jetzigen Inhaber geblieben ist.

Die verschiedenen Besitzverhältnisse gewähren einen Blick in die Ursachen der in Oberschlesien ausgebrochenen Nothklamität. Mindestens ein Drittel der ganzen Landfläche Oberschlesiens befindet sich in den Händen von etlichen 20 großen Grundherren und damit der größte Theil der ober-schlesischen ausgedehnten Forstten; etwa ein Sechstheil in dem der kleineren circa 450 Rittergutsbesitzer; vielleicht die Hälfte des Landes ist in den Händen der bäuerlichen Klassen, welche in Bauern, Gärtner und Häusler zerfallen, wovon die Bauern Pferde als Zugvieh halten, die Gärtner Ochsen und Kühe, die Häusler ihre Stellen aber theils mit Kühen, theils mit der Hand bearbeiten.

Alle bäuerlichen Klassen waren und sind noch größtentheils ihren Gutsherren in so großem Maße dienstpflichtig, daß ihnen wenig Zeit zur Verarbeitung ihrer Besitzungen übrig bleibt. Diese Dienstlast ist vorzüglich Ursache, daß der Bauernstand Oberschlesiens auf so geringem Kulturstande stehen geblieben ist, so daß man kaum zweifeln kann, ob der slavische Nationalcharakter, oder wie viel wahrscheinlicher, diese Dienstlasten daran schuld sind. Sie produciren auf ihren Besitzungen daher nur kaum so viel, daß sie von einem Jahre bis zum andern nothdürftig leben können, und benutzen dazu diejenige Frucht, welche die geringste Arbeit erfordert und den größten Ertrag liefert, das ist die Kartoffel. Diese Frucht bedarf aber in nassen Jahren einen durchlässigen Boden, weil sie sonst, wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, erkrankt und untergeht, oder wenig nahrhaftes Stroh erzeugt. Der undurchlässige Untergrund, vorherrschend in den Kreisen Plesch und Rybnik, ist die Ursache, daß die Kartoffeln in den vergangenen nassen Jahren dort völlig, und sonst auch sehr misrathen sind, daher sind die dortigen bestlosigen Handarbeiter und kleinen Stellenbesitzer jetzt der größten Hungersnoth und dem sich daraus entwickelten Typhus verfallen.

(Schluß folgt.)

**\* Glas, 7. März.** Gestern Nachmittag fand hier die erste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt. (Näheres morgen in der Schlesischen Chronik.)

**(Breslau.)** Der Pfarrer Mattner in Bärdsdorf ist zum Erzpfeifer des Archipresbyterats Münsterberg ernannt worden. — Bestätigt wurden: Die Wahl des Rittergutsbesizers Bachmann, auf Sponsberg, Rebniger, Kreises, als Kreis-Deputirter, an Stelle des verstorbenen Kreis-Deputirten von Schelika auf Versüh; der auf anderweite sechs Jahre wieder erwählte bisherige unbesoldete Rathmann Karl Neumann zu Freiburg. — Dem Fräulein Klara Laus aus Döbenitz ist die Konzeption ertheilt worden, als Erzieherin zu fungiren.

(Vermächtnisse und Geschenke.) Der am 22. Febr. 1847 zu Stanowitz verstorbene königl. Ober-Amtmann und Rittergutsbesitzer Karl Friedrich Eisfeld hat letztwillig vermacht: 1) Dem Convent der barmherzigen Brüder hieselbst 300 Rtl. 2) Dem Convent der Elisabethinerinnen hieselbst 300 Rtl. 3) Dem Blinden-Anstalt hieselbst 200 Rtl. 4) Der Taubstummen-Anstalt hieselbst 200 Rtl. 5) Den Armen zu Dhlau zum Ankauf von Holz 500 Rtl. 6) Den Armen zu Stanowitz zum Ankauf von Holz 500 Rtl. 7) Zur Vergrößerung des Armen-Hospitals zu Schalkau 2000 Rtl. 8) Den Armen zu Schalkau und Romanou 1000 Rtl. 9) Zum Bau eines Leichenhauses in Schalkau 500 Rtl. — Der zu Langenbielau verstorbene Brauereimeister Karl Bartmann hat der katholischen Pfarrkirche daselbst zur Unterstüzung armer katholischer Confirmanden 50 Rtl. und der Fabrikant Johannes Neugebauer ebendasselbst gedachter Kirche zur Unterstüzung armer katholischer Ortsblinden 100 Rtl. vermacht. — Der Stadt-Älteste und frühere Rathsherr Benjamin Jahn zu Dels hat der bairgen Wendischen Hospital- und Kranken-Anstalt zwei Kapitalien von zusammen 500 Rtl. mit der Bestimmung geschenkt, daß von den eingehenden Zinsen zunächst einer städtischen Armenanstalt auf Lebenszeit 18 Rtl. jährlich zusteßen, der Ueberseß aber für die Hospitalitäten verwendet werden soll. — Der Bürger Johann Lux zu Lewin hat dem dasigen städtischen Hospitale 140 Rtl. geschenkt.

**Mannigfaltiges.**

(Bern.) Lola Montez, welche seit einigen Tagen sich hier befindet, sieht man täglich mit dem englischen Geschäftsträger Peel (einem alten Freunde) Arm in Arm spazieren gehen, gefolgt von einer Suite Herren, die sie sehen wollen, von Mägden und einem sehr bedeutenden Troß Kinder, die ihren Tur daran haben. Peel gab gleich nach ihrer Ankunft ein Diner, wozu er die Gesandtschafts-Sekretäre u. einlud; er findet sein Vergnügen stets darin, aufzufallen. Lola Montez sieht sehr bleich und abgelebt aus, hat übrigens ein schönes Auge und eine sehr graziöse Haltung. (Schw. M.)

Am 4. März starb in Jena der Hofrath und Dr. H. K. Abraham Eichstädt im 76. Lebensjahre.

Das Kokettiren der neugeschaffenen Republik mit dem „Citoyen“ veranlaßt den Corfaire zu den folgenden treffenden Bemerkungen: „Die Titel sind abgeschafft. Es waren nur Worte. Man führt par ordre die Anrede „Citoyen“ wieder ein. Worte, nichts als Worte! Wir hatten keine Titel und haben dergleichen nie verlangt. Aber wir verlangen die Freiheit, „Monsieur“ zu sagen, wo wir Lust dazu haben, und diese Freiheit werden wir uns nehmen. Es war unter der Monarchie nicht verboten, in einer Ansprache an eine Versammlung die Anwesenden „Citoyens“ zu nennen: warum sollte die Republik die Anrede „Messieurs“ verbieten? Angenommen selbst, daß die Monarchie den „Citoyen“ verboten gehabt hätte, müßte dann die Republik sie nachahmen? Muß ich blind sein, weil mein Nachbar einäugig ist? Ich wiederhole es, wenn Herr Caussidiere uns nicht mehr Freiheiten geben will als Herr Gabriel Delessert, so ist die Republik nur ein gewendetes Kleid, das nach demselben Schnitt gemacht ist. Wir sind Franzosen, das heißt freie, höfliche und univerrsele Menschen. Unser Geseß ist der gesunde Verstand, wir werden nie ein anderes anerkennen, denn der gesunde Verstand ist die die Ordnung konstituierende Freiheit. Mögen die, welche „Citoyens“ heißen wollen, sich ihrer Freiheit bedienen gleich Denen, welche „Messieurs“ zu bleiben wünschen. Einen Namen, eine Benennung vorschreiben, heißt einen Pfeiffschmaucher nachahmen, der einen Cameraden hindern will, eine Cigarre zu rauchen, weil er, er es abscheulich findet.“

**Verzeichnis**

derjenigen Schiffer, welche am 6. März Glogau stromaufwärts passiren.

Schiffer oder Steuermann	Wohnung	von	nach
A. Lange aus Pommerzig	Güter	Stettin	Breslau.
G. Reng aus Krossen	Mehl	Potsdam	Dhlau.
G. Hermens aus Neufalz	Ehonorbe	Magdeburg	Ratfisch.
E. Liebholz aus Landsberg	Roggen	Stettin	Breslau.
F. Thomas aus Neufalz	Getreide	Landsberg	dto.
E. Wiesner aus Krossen	Eisen	Berlin	dto.
B. Wolff aus Breslau	Mehl	Potsdam	dto.
J. Schönfeldt aus Steinau	Heringe	Stettin	dto.
H. Meyer aus Landsberg	Roggen	dto.	dto.

Der Wasserstand am Pegel der großen Oberbrücke ist heute 9 Fuß 2 Zoll.

Am 7. März.

Schiffer oder Steuermann	Wohnung	von	nach
D. Bräunchen aus Guben	Mehl, Weim.	Stettin	Breslau.
F. Streese aus Guben	dto.	dto.	dto.
Stabernack aus Pommerzig	Güter	Berlin	dto.
R. Kofack aus Willkau	Mehl	Potsdam	Dhlau.
F. Lange aus Pommerzig	Getreide	Stettin	dto.
F. Waschke aus Krossen	dto.	dto.	dto.
J. Gräs aus Krossen	Güter	dto.	dto.
F. Werner aus Köben	Mehl	Potsdam	Dhlau.
John. u. Greber aus Krossen	Roggen	Stettin	Breslau.
F. Rüttel aus Magdeburg	Güter	Magdeburg	dto.
E. Guhl aus Landsberg	Mehl	Stettin	dto.
A. Nietzer aus Berlin	dto.	dto.	dto.
A. Beyer aus Auras	dto.	Potsdam	Dhlau.
F. Schönknecht aus Beutten	dto.	dto.	dto.
G. Hennig und D. Schwarz aus Neufalz	Güter	Stettin	Breslau.
Wiesner u. Rochale aus Neufalz	Getreide	dto.	dto.
A. Bischoff aus Atau	Roggen	Glogau	dto.
H. Schwalm u. H. Siehe aus Tschicherszig	Roggen	Tschicherszig	dto.

Der Wasserstand am Pegel der großen Oberbrücke ist heute 8 Fuß 4 Zoll.

**Nachtrag.**

**Breslau, 8. März, Abends 9 1/2 Uhr.**

Wir theilen von den durch die Abendposten uns zugekommenen Nachrichten noch folgende mit:

**Dresden, 7. März.** Aus zuverlässiger Quell wissen wir, daß nach der in der Proclamation vom gestrigen Tage schon enthaltenen Zusicherung nunmehr die Aufhebung der Censur auch in Sachsen bevorsteht, und daß es nur noch des Erlasses eines den Ständen vorzuliegenden Gesezes gegen den Mißbrauch der Presse bedarf, wie solches Württemberg und Baden in früherer Zeit nur wieder in Kraft getretenen Gesezen schon haben, Sachsen aber nicht. — Ein auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Strafverfahrens gegründeter Gesezentwurf wird den Ständen vor-

gelegt werden. Weitergehende Wünsche hierbei, namentlich die Einführung von Schwurgerichten, werden bereits reichlich erwogen und die Regierung wird sich darüber mit den Ständen vereinigen. Auch hierbei wird wol der Gang in andern deutschen Staaten maßgebend sein, so wie denn überhaupt Maßregeln, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutschlands fördern können, Sachsens Stimme nie entgegen gewesen ist. Sie wird solche auch ferner mit aller Kraft der Ueberzeugung unterstützen. Nur fordere man nicht von Räthen der Krone, daß sie die Verfassung, welche sie beschworen, jemals brechen sollen.

Berlin, 7. März. Nach dem gestern erfolgten Schluß des Vereinigten Ständischen Ausschusses traten Se. K. H. der Prinz von Preußen mitten unter die Mitglieder und hielten eine jedem der Anwesenden unvergeßliche Ansprache an dieselben. Se. K. H. versicherten, daß die so eben vom Könige vernommenen Worte ihnen wie aus der Seele gesprochen seien. Darauf zu dem Abgeordneten der Rhein-Prinz herantretend, sagten Se. K. H., Sie bedauern, daß es eine Stadt im Lande gebe, wo Excesse vorgefallen seien, hielten sich jedoch überzeugt, daß nur wenig Uebelthäteren Uebher derselben sein könnten, sowie daß Hr. Camphausen bei seiner bevorstehenden Rückkehr mit einer Stütze der Ruhe und Ordnung sein würde. Hr. Camphausen erwiderte, daß dies auch sein fester Voratz sei. Nachdem Se. K. H. den Saal verlassen hatten, beschloßen die sämtlichen Deputirten, dem erlauchten Prinzen sofort ihre Aufwartung zu machen. Se. K. H. erschienen in der pommerischen Uniform und redeten sie nochmals sehr huldvoll an. Se. Durchl. der Marschall sprach in sehr angemessenen Worten die dankbaren Gesinnungen der Anwesenden aus. Nachher vereinigte bekanntlich Se. Maj. der König sämtliche Mitglieder bei Tafel, wo Allerhöchstdieselben den Toast auf das Wohl des Landes ausbrachten. Fürst Solms brachte die Gesundheit des Königs aus und beantwortete diesen Toast mit einer kurzen Rede, in welcher er dem Lande Glück wünschte, einen Herrscher zu besitzen, dessen Worte Thaten sind. (Vos. Zeit.)

Dresden, 6. März. Nachdem die Deputation des hiesigen Stadtrathes und der Stadtverordneten sich heute gegen 10 Uhr in den königl. Vorzimmer eingefunden hatte, wurde sie von Sr. Majestät dem Könige empfangen. — Herr Bürgermeister Hübler richtete zu Uebergabe der fraglichen Adresse an Se. Majestät einige ehrentheilige Worte, in denen er besonders hervorhob, daß es für Se. Majestät des Ausdrucks der Unverbrüchlichkeit der Liebe und Treue der hiesigen Einwohnerschaft nicht bedürfen werde, daß es aber für die hiesige Communität Bedürfnis sei, in den jetzigen Zeiten der Bewegung dem geliebten Könige sich zu nähern, und daß sie zu Festhaltung der allgemeinen Wohlfahrt und Erwägung der hochwichtigen Fragen der Zeit die Beschleunigung der Einberufung der Kammer und eine diesfällige beruhigende Zusicherung zu erbitten beauftragt sei, wenn sie schon aus den neuesten halbhoffnungsvollen Artikeln der öffentlichen Blätter entnehmen zu dürfen glaube, daß Se. Majestät der Gewährung der Bitte bereits entgegen gekommen sei. — Se. Majestät geruhten, die Adresse aus den Händen des Sprechers anzunehmen und nach deren Durchlesung ohngefähr in folgenden, mit tiefer Bewegung gesprochenen Worten sich zu äußern:

„Sie haben Recht, daß es der erneuten Versicherung der Mir wohlthunenden Treue und Anhänglichkeit der hiesigen Einwohnerschaft nicht bedürfe. Die Stadt Dresden hat sie, wie stets bisher, so auch namentlich in den letzten bewegten Tagen durch Bewahrung der Ordnung und des Gesetzes bewiesen. — Was den Hauptgegenstand Ihrer Wünsche anlangt, so werden Sie sich aus den neuesten öffentlichen Bekanntmachungen überzeugt haben, daß Ich ihn schon vorher zum Gegenstand thätigster Vorbereitungen gemacht habe und daß es Mein eigener sehnlicher Wunsch ist, so bald als möglich zu Einberufung der Stände zu verschreiten. — Helfen Sie in dieser bewegten Zeit, dem Rechte und Gesetze und der Alles fördernden Ordnung die nöthige Achtung zu bewahren. Vereinigen Sie sich zum Wohle des Ganzen recht innig um Mich und lassen Sie es die Ueberzeugung Aller sein, daß Niemand das Vaterland treuer und inniger lieben könne, als Ich.“ (Leipz. Z.)

Eine außerordentliche Beilage der Leipziger Zeitung enthält folgendes Manifest:

**An meine Sachsen!**

Bei den ersten Ereignissen des Auslandes und der hierdurch in mehreren Staaten Deutschlands entstandenen Aufregung drängt es Mich, vertrauensvoll zu Meinem treuen Volke von Stadt und Land zu reden. — Als Ich Sachsen im Einverständnisse mit den Vertretern des Landes die Verfassung verlieh, that Ich es in der Zuversicht, sie werde die Treue, welche Jahrhunderte lang Sachsens Fürsten und Volk eng verband,

neu beleben und befestigen, in Tagen des Friedens den Aufschwung des Gemeinwohles nach allen Richtungen kräftig fördern, in Tagen der Gefahr für Geselligkeit und Ordnung ein festes Bollwerk sein. — Ich bin Mir bewußt, seit dieser Zeit für das Wohl Meines Volkes nach Meinem besten Wissen gewirkt zu haben. — Ich bin stolz darauf, daß Meine Regierung an rechtlicher, offener Verfassungstreue von keiner andern übertroffen wird. Mein Volk und selbst das Ausland haben dies anerkannt. Ihr werdet mein Streben verfolgen, indem ihr Meinem Zwecke Folge leistet. — Gern vernehme Ich die Stimmen, den Rath der verfassungsmäßigen Vertreter Meines Volkes; doppelt gern in Zeiten der Gefahr. Sobald die neuen Wahlen beendet sein werden, spätestens zum Anfang des Monats Mai dieses Jahres, bin Ich entschlossen, die Stände zu versammeln, um Mich mit ihnen über Alles, was als wahres Bedürfnis für das Staatswohl erscheint, zu verständigen. — Namentlich werde Ich ihnen, nachdem auch die mitverbündeten Regierungen jedem einzelnen Staate die Aufhebung der Censur freigegeben haben, die nunmehr in erweitertem Maße zulässige Vorlage über die Presse, nach § 35 der Verfassungsurkunde zugehen lassen. Harret ruhig und im Vertrauen auf Das, was Ich schon gethan und noch thun werde. Greift nicht den Befugnissen der von euch selbst gewählten Landesvertreter vor; nur was in verfassungsmäßigem Wege zu Stande kommt, trägt die Bürgschaft eurer Bestehen. — Ruhe und Ordnung, Geselligkeit, unverrücktes Festhalten an dem Rechtszustande, welchen die Verfassungsurkunde begründet hat, Eintracht zwischen Fürst und Volk, Muth und Vertrauen, das ist es, worauf Deutschlands Freiheit und Selbstständigkeit beruhet, das ist es, wodurch wir allein jeder Gefahr mit Erfolg entgegen treten können. — Sachsen, bewahrt eure alte Treue!

Dresden, den 6. März 1848.

Friedrich August.

von Koeneritz, von Besau, von Wietersheim, von Carlowitz, von Dypell.

Verantwortlicher Redakteur Dr. J. Nimbs.

**Bekanntmachung.**

Für den laufenden Monat März d. J. werden von den hiesigen Bäckern nach ihren Selbstthun drei Sorten Brod zum Verkauf abgeben und zwar für 2 Sgr.

**Von der ersten Sorte:**

- 2 Pfund 8 Loth: Geyenbahn, Neue Sandstr. 17.
- 2 Pfund 8 Loth: Förster, Schmiedstr. 23.
- 1 Pfund 28 Loth: Huber, Fr.-Wilhelmstr. 3.
- 2 Pfund 28 Loth: Benemann, Altbüßerstr. 41.
- 1 Pfund 26 Loth: Hippe, Breitestraße 6.
- 1 Pfund 25 Loth: Hopf, Dhlauerstr. 71.
- 1 Pfund 25 Loth: Jentsch, Karlsplatz 4.
- 1 Pfund 24 Loth: Meisinger, Schweidnitzstr. 40.
- 1 Pfund 24 Loth: Pohl, Breitestraße 41.
- 1 Pfund 24 Loth: Reinboth, Schweidnitzstr. 32.
- 1 Pfund 24 Loth: Röder, Reufestr. 3.
- 1 Pfund 24 Loth: Schädel jun., Gartenstr. 25.
- 1 Pfund 24 Loth: Schädel jun., Schweidnitzstr. 19.
- 1 Pfund 24 Loth: Schindler, Albrechtsstr. 29.
- 1 Pfund 24 Loth: Schindler, Albrechtsstr. 47.
- 1 Pfund 24 Loth: Wiedermann, Gr.-Großcheng. 10.
- 1 Pfund 24 Loth: Würzbach, Schweidnitzstr. 49.
- 1 Pfund 15 Loth: Korn, Neue Junkenstr. 14.
- 1 Pfund 14 Loth: Göhlich, Dhlauerstr. 13.
- 1 Pfund 14 Loth: Geis, Dhlauerstr. 85.
- 1 Pfund 14 Loth: Pommer, Kupfer-Schmiedstr. 2.
- 1 Pfund 14 Loth: Seidel, Kupfer-Schmiedstr. 4.
- 1 Pfund 14 Loth: Schädel sen., Ritterplatz 11.
- 1 Pfund 12 Loth: Stahel, Herrentstraße 22.
- 1 Pfund 12 Loth: Adam, Albrechtsstr. 30.
- 1 Pfund 12 Loth: Förster, Nikolaistr. 70.
- 1 Pfund 12 Loth: Grimmig, Dhlauerstr. 60.
- 1 Pfund 12 Loth: Haase, Schmiedstr. 11.
- 1 Pfund 12 Loth: Hüß, Matthiasstr. 80.
- 1 Pfund 12 Loth: Lücke, Schühelstraße 28.
- 1 Pfund 12 Loth: Schramm, Schmiedstr. 40.
- 1 Pfund 12 Loth: Tiede, Goldeneradeg. 11.
- 1 Pfund 12 Loth: Weigel, Berderstraße 12.
- 1 Pfund 10 Loth: Dämmler, Schweidnitzstr. 10.
- 1 Pfund 10 Loth: Schirmer, Fr.-Wilhelmstr. 23.
- 1 Pfund 10 Loth: Siebenhüner, Antonienstr. 23.
- 1 Pfund 10 Loth: Krön Müller, Klosterstr. 14.
- 1 Pfund 10 Loth: Kirchner, Dhlauerstr. 68.
- 1 Pfund 10 Loth: Schmutterer, Dhlauerstr. 73.
- 1 Pfund 10 Loth: Abel, Reufestr. 4.
- 1 Pfund 10 Loth: Bechmeier, Gartenstr. 24.
- 1 Pfund 10 Loth: Buchsch, Schweidnitzstr. 54.
- 1 Pfund 10 Loth: Bunte, Mühlstraße 15.
- 1 Pfund 10 Loth: Dietrich, Neumarkt 33.

**Von der zweiten Sorte:**

- 2 Pfund 12 Loth: Dietrich, Neumarkt 33.
- 2 Pfund 4 Loth: Huber, Fr.-Wilhelmstr. 3.
- 2 Pfund 4 Loth: Hüß, Matthiasstr. 80.
- 2 Pfund 2 Loth: Kefer, Sandstraße 4.
- 2 Pfund 2 Loth: Mache, Mehlgasse 29.
- 2 Pfund 2 Loth: Pohl, Breitestraße 41.
- 2 Pfund 2 Loth: Weyrauch, Schweidnitzstr. 13.
- 2 Pfund 2 Loth: Caspary, Gartenstr. 34.
- 2 Pfund 2 Loth: Geyenbahn, Neue Sandstr. 17.
- 2 Pfund 2 Loth: Förster, Nikolaistr. 70.
- 2 Pfund 2 Loth: Pantusch, Ifergasse 28.

- Effenberg, Fr.-Wilhelmstr. 15.
- Förster, Schmiedstr. 23.
- Grimmig, Dhlauerstr. 60.
- Häusler, Breitestr. 38.
- Jacob, Neue Junkenstr. 11.
- Jilmer, Dhlauerstr. 56.
- Kallenberg, Nikolaistr. 51.
- Ludewig, Klosterstr. 4.
- Leidig, Kupfer-Schmiedstr. 24.
- Mittmann, Nikolaistr. 29.
- Mücke, Kupfer-Schmiedstr. 26.
- Neufel, Altbüßerstr. 55.
- Noack, Goldeneradeg. 10.
- Reinboth, Schweidnitzstr. 32.
- Rücker, Schmiedstraße 19.
- Röder, Reufestr. 3.
- Röder, Reufestr. 40.
- Schuppe, Klosterstr. 70.
- Schirmer, Fr.-Wilhelmstr. 23.
- Schindler, Schweidnitzstr. 29.
- Schindler, Albrechtsstr. 47.
- Schmutterer, Dhlauerstr. 73.
- Schneider, Moleg. 31.
- Wiedermann, Gr.-Großcheng. 10.
- Wappner, Matthiasstr. 91.
- 1 Pfund 20 Loth: Chotton, Neumarkt 14.
- 1 Pfund 28 Loth: Bunte, Mühlstraße 15.
- 1 Pfund 28 Loth: Bitterwolf, Matthiasstr. 68.
- 1 Pfund 28 Loth: Förster, Matthiasstr. 61.
- 1 Pfund 28 Loth: Göhlich, Dhlauerstr. 13.
- 1 Pfund 28 Loth: Geis, Dhlauerstr. 85.
- 1 Pfund 28 Loth: Hüß, Nikolaistr. 29.
- 1 Pfund 28 Loth: Hippe, Breitestraße 6.
- 1 Pfund 28 Loth: Jgel, Dberstraße 15.
- 1 Pfund 28 Loth: Kreuzer, Gr.-Alteuerstr. 4.
- 1 Pfund 28 Loth: Meising, Reufestr. 31.
- 1 Pfund 28 Loth: Nowack, Reufestr. 36.
- 1 Pfund 28 Loth: Pösch, Altbüßerstr. 36.
- 1 Pfund 28 Loth: Schweigert, Neuenweg. 47.
- 1 Pfund 28 Loth: Schweigert, Hinterhäuser 4.
- 1 Pfund 28 Loth: Schramm, Schmiedstr. 40.
- 1 Pfund 28 Loth: Soremba, Schmiedstr. 41.
- 1 Pfund 28 Loth: Würzbach, Schweidnitzstr. 49.
- 1 Pfund 28 Loth: Weber, Dominikanerplatz 2.
- 1 Pfund 28 Loth: Adam, Albrechtsstr. 30.
- Jung, große Großcheng. 3.
- Klaus, kleine Großcheng. 28.
- Möschke, Klosterstr. 17.
- Pürschel, Dhlauerstr. 54.
- Kau, Hummerci 9.
- Seidel, Kupfer-Schmiedstr. 4.
- Stöber, Altbüßerstr. 22.
- Stahl, Herrentstraße 24.
- Wesphal, Neue Junkenstr. 16.
- Winkler, Nikolaistr. 42.
- 1 Pfund 22 Loth: Hopf, Dhlauerstr. 71.
- 1 Pfund 22 Loth: Jentsch, Karlsplatz 4.
- 1 Pfund 22 Loth: Kalbrenner, Reufestr. 21.
- 1 Pfund 22 Loth: Kerger, Fr.-Wilhelmstr. 71.
- 1 Pfund 22 Loth: Lauterbach, Stodgasse 12.
- 1 Pfund 22 Loth: Stöfger, Schühelstraße 69.
- 1 Pfund 22 Loth: Tiede, Goldeneradegasse 11.
- 1 Pfund 22 Loth: Wölbung, Reufestr. 6.
- 1 Pfund 20 Loth: Pohl, Schmiedstraße 63.
- 1 Pfund 20 Loth: Dürr, Weidenstraße 26.
- 1 Pfund 20 Loth: Jentsch, Karlsplatz 4.
- 1 Pfund 20 Loth: Gabriel, Schweidnitzstr. 31.
- 1 Pfund 20 Loth: Haase, Schmiedstraße 11.
- 1 Pfund 20 Loth: Hiemann, Altbüßerstr. 41.
- 1 Pfund 20 Loth: Korn, Neue Junkenstr. 14.
- 1 Pfund 20 Loth: Lang, Matthiasstraße 3.
- 1 Pfund 20 Loth: Pong, Manttergasse 6.
- 1 Pfund 20 Loth: Pommer, Kupfer-Schmiedstr. 2.
- 1 Pfund 20 Loth: Schramm, Dhlauerstr. 42.
- 1 Pfund 20 Loth: Steinert, Reufestr. 34.
- 1 Pfund 20 Loth: Schäfer, Schühelstraße 29.
- 1 Pfund 20 Loth: Schmidt, Neumarkt 23.
- 1 Pfund 20 Loth: Siebenhüner, Weidenstr. 20.
- 1 Pfund 20 Loth: Weigel, Berderstr. 12.
- 1 Pfund 20 Loth: Ziegler, Dberstraße 11.
- 1 Pfund 18 Loth: Dämmler, Schweidnitzstr. 10.
- 1 Pfund 18 Loth: Unger, Kupfer-Schmiedstr. 46.
- 1 Pfund 18 Loth: Weiwode, Karlsstraße 25.
- 1 Pfund 16 Loth: Röder, Nikolaistr. 15.
- 1 Pfund 12 Loth: Berger, Neue Sachsenstr. 6 c.
- 1 Pfund 12 Loth: Geiger, große Lindenstraße 5.

**Von der dritten Sorte:**

- 2 Pfund 16 Loth: Effenberg, Fr.-Wilhelmstr. 15.
- 2 Pfund 12 Loth: Schindler, Albrechtsstr. 47.
- 2 Pfund 8 Loth: Buchsch, Schweidnitzstr. 54.
- 2 Pfund 6 Loth: Schindler, Schweidnitzstr. 29.
- 2 Pfund 6 Loth: Ludewig, Klosterstr. 4.
- 2 Pfund 4 Loth: Schirmer, Fr.-Wilhelmstr. 23.
- 2 Pfund 4 Loth: Bechmeier, Gartenstr. 24.
- 2 Pfund 4 Loth: Hüß, Nikolaistr. 29.
- 2 Pfund 4 Loth: Mücke, Kupfer-Schmiedstr. 26.
- 2 Pfund 4 Loth: Schädel sen., Ritterplatz 11.
- 2 Pfund 2 Loth: Pohl, Breitestraße 41.
- 2 Pfund 2 Loth: Dietrich, Neumarkt 33.
- 2 Pfund 2 Loth: Hiemann, Altbüßerstr. 41.
- 2 Pfund 2 Loth: Jentsch, Karlsplatz 4.
- 2 Pfund 2 Loth: Pohl, Manttergasse 6.
- 2 Pfund 2 Loth: Weigel, Berderstraße 12.
- 2 Pfund 2 Loth: Caspary, Gartenstraße 34.
- 2 Pfund 2 Loth: Weyrauch, Schweidnitzstr. 13.
- 2 Pfund 2 Loth: Schäfer, Schühelstraße 29.

Breslau, den 5. März 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

**Bekanntmachung.**

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß das hier am Orte den Truppen zu verabreichende Commissärsbrot durch die Bäcker vergiftet worden sei. Dieses Gerüchte ist in der Breslauer Zeitung vom gestrigen Tage zwar als völlig unbegründet bezeichnet worden, da ich jedoch in Erfahrung gebracht habe, daß sich dasselbe auch in auswärtigen Garnisonen verbreitet hat, so erkläre ich hiernit, daß durchaus nichts vorliegt, was zu einem solchen Gerüchte auch nur die mindeste Veranlassung hätte geben können.

Breslau, am 8. März 1848.

Der kommandirende General des 6ten Armeecorps Graf v. Brandenburg.

**Bekanntmachung.**

Die bis zum 31. März d. J. bei der städtischen Sparkasse geleisteten Einlagen werden statutenmäßig vom 1. April d. J. an verzinst, dagegen tragen alle am 1ten oder nach dem 1. April bis Ende Juni gemachten Einlagen erst vom 1. Juli d. J. ab Zinsen.

Breslau, den 3. März 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

**Stadterordneten-Verammlung am 9. März.**

Verzeichniß der wichtigeren zum Vortrag kommenden Gegenstände:

- 1) Verbindung der für den Bedarf des Krankenhospitals zu Allerheiligen erforderlichen Einwand-Waaren;
- 2) Wahl mehrerer Mitglieder für die Sanitäts-Com-mission;
- 3) Bewilligungen von Unterstützungen, Etatsüberschreitungen u.;
- 4) Etat der Kirche zu St. Bernhadin pro 1848;
- 5) Etat des Hospitals zu St. Hieronymus pro 1848—50;
- 6) Stolz-Lare.

G. P. Alderholz, Borsteher- Stellvertreter.